Martin Zülch

Verhandlungsdruck von unten

NGOs, Gewerkschaften und Sachverständige mischen sich mit wegweisenden Forderungen in die Koalitionsverhandlungen ein – eine Bestandsaufnahme.

Inhalt

Anhaltspunkte zur Bewertung des Klimaschutzsofortprogramms 2

Abbau klimaschädlicher Subventionen, sozial ausbalancierte Finanzierung der Energie- und Mobilitätswende, öffentliche Investitionen, Verteilungsgerechtigkeit 3

Dezentrales Energiesystem, Energieeffizienz, Moratorium für Garzweiler 5

Atomausstieg, EU-Taxonomie unter Ausschluss von Atomenergie und Gas 6

Tempolimit, Stopp des Autobahnausbaus, Verlagerung von Inlandsflügen auf die Schiene 8

Ökologische und sozial gerechte Agrarpolitik, Neuausrichtung der Forstwirtschaft, Notprogramm für die Natur 9

Bürgerversicherung, armutsfestes Bürgergeld als Ersatz für Hartz-IV, Mietenstopp 10

Werbeverbot für ungesunde Ernährung als Beitrag zum Kindergesundheitsschutz 12

Klimaneutralität, Gemeinwohlorientierung, Einschränkung der Konzernmacht 13

Klimasolidarität, Regulierung des Welthandels 15

Demokratiepolitik, Gemeinnützigkeitsrecht, lebendige und direkte Demokratie 15

Keine Steuergelder für antidemokratische Institutionen 17

Lobbyismus 17

Abschaffung von Steuerprivilegien 18

Menschenrechtskonformer Flüchtlingsschutz 18

Atomare Abrüstung, Senkung des Rüstungsetats, Waffenexportkontrollgesetz 20

Europäische Haushaltspolitik 21

Ausblick 23

Update vom 19.November: Der Erwartungsdruck wächst 28

Anhang zur Thematik „Klimaschutz in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft“ 33

Hinweis: Die Überschriften im Inhaltsverzeichnis sind mit Links zu den entsprechenden Seiten versehen.

Bremen, November 2021

Verhandlungsdruck von unten

NGOs, Gewerkschaften und Sachverständige mischen sich mit wegweisenden Forderungen in die Koalitionsverhandlungen ein.

„Wir wollen eine neue Kultur der Zusammenarbeit etablieren, die auch aus der Kraft der Zivilgesellschaft gespeist ist.“ (Sondierungsergebnis, S.2)

Zeitnah zur Veröffentlichung des Sondierungspapiers haben sich Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Sachverständige an die Ampel-Parteien mit Forderungen gewandt, die auf der Agenda der Koalitionsverhandlungen nicht fehlen dürfen.

Entlang der auf zehn Themenfelder bezogenen Sondierungsergebnisse werden im Folgenden Einsprüche und Vorschläge aus der NGO-Szene sowie von anderen Akteuren zu acht Schwerpunkten vorgestellt. Dabei handelt es sich um im Netz abrufbare Dokumente: Positionspapiere, Offene Briefe sowie um Aufrufe und Online-Petitionen. Letztere bieten einer interessierten Öffentlichkeit die Chance, während und nach den Koalitionsverhandlungen ihren politischen Willen kundzutun.

Anhaltspunkte zur Bewertung des Klimaschutzsofortprogramms

Die Mehrzahl bisheriger Stellungnahmen und Eingaben bezieht sich nach derzeitigem Stand auf den zweiten Sondierungsschwerpunkt „Klimaschutz in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft“: Direkt vor und nach Veröffentlichung der Ergebnisse sind hierzu seit dem 14. Oktober Stellungnahmen von insgesamt sieben tonangebenden Umweltorganisationen erschienen – darunter der von BUND, Campact, Deutscher Umwelthilfe (DUH), Germanwatch, Greenpeace, NABU, WWF Deutschland und Deutschem Naturschutzring (DNR) gemeinsam getragene Appell Fortschritt nur mit echtem Klima- und Naturschutz!. Ferner hat sich nach Beendigung der Sondierung am 26.Oktober der Vorstand von Campact zu den Ergebnissen unter dem Motto „Ampel: so wird das nichts!“ kritisch geäußert und hierzu sechs Orientierungspunkte formuliert, auf die sich SPD, Grüne und FDP bei den Koaltionsverhandlungen einigen sollen. Einen vorläufigen Schlusspunkt dieser Einflussnahmen bildet die Anzeige Jetzt anpacken – die Zeit rennt!, die am 3.November von den o.g. Verbänden in der FAZ, SZ und taz veröffentlicht wurde und in der an die Ampel-Parteien appelliert wird, die Biodiversitäts- und Klimakrise entschieden anzugehen.

Die drei Dokumente sind im **Anhang** (S.33 ff.) wiedergegeben. Zusammen mit den übrigen dort abrufbaren Statements ergeben sie eine relativ genaue Einschätzung der bislang vereinbarten Vorhaben zum künftigen Klimaschutz aus der Perspektive hiesiger Umwelt- und Naturschutzverbände sowie der Klimabewegung. Aufgrund der zentralen Bedeutung dieses Themas für die

kommende Legislaturperiode wird abschließend eine Übersicht mit Einzelbewertungen zu den geplanten Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung gestellt.

Zentrale Maßnahmen wie die ansteigende CO_2-Bepreisung fossiler Brennstoffe und gleichmäßige Rückverteilung pro Kopf an alle Bürger*innen durch ein Energie- oder Bürger*innengeld sind bei den Sondierungen offenbar bewusst ausgeklammert worden. Bei diesen beiden Anforderungen besteht noch erheblicher Klärungsbedarf – wie etwa bei der Frage, ob ein pauschales Energiegeld (auch an wohlhabende Bürger*innen) hinreichend dem sozialpolitischen Prinzip der Bedarfsorientierung gerecht wird.[1]

Von richtungsweisender Bedeutung dürfte ebenso der zum Themenfeld „Zukunftinvestitionen und nachhaltige Staatsfinanzen“ formulierte Vorsatz sein: „Wir wollen zusätzliche Haushaltsspielräume dadurch gewinnen, dass wir den Haushalt auf überflüssige, unwirksame und klima- und umweltschädliche Subventionen überprüfen.“ (Sondierungspapier, S.11) Die Subventionen lediglich „überprüfen“ zu wollen, ist bei vielen NGOs auf Kritik gestoßen.

Wie sich die künftige Regierung dieser Anforderung stellen sollte, damit beginnen die folgenden Einblicke in bisherige zivilgesellschaftliche Interventionen – präsentiert in insgesamt sechzehn Abschnitten, die sich auf den zweiten Sondierungsschwerpunkt sowie sieben weitere Themenfelder der Sondierung beziehen.

Abbau klimaschädlicher Subventionen, sozial ausbalancierte Finanzierung der Energie- und Mobilitätswende, öffentliche Investitionen, Verteilungsgerechtigkeit

In einem am 23.10. in der taz erschienenen Debattenbeitrag „Vollgas statt Tempolimit“ legt der Umweltredakteur Bernhard Pötter offen, wie leicht sich die vom Staat für eine sozial-ökologische Transformation jährlich benötigten 50 Milliarden Euro durch eine Umschichtung im Haushalt beschaffen lassen: Hierzu böten sich jene „50 Milliarden Euro“ an, mit denen pro Jahr Flugbenzin, Diesel oder Dienstwagen klimaschädlich subventioniert würden.[2]

Diesen Standpunkt teilen auch der Deutscher Naturschutzring und mit ihm sämtliche hierzulande tonangebende Umweltorganisationen (vgl. Anhang, S.28). 2020 gab *Greenpeace* bereits eine Studie zum Thema umweltschädliche Subventionen in Auftrag, in der Einspar- und Klimaschutzpotenziale für die Sektoren Energie, Verkehr und Landwirtschaft verdeutlicht wurden. 2021 erschien eine Nachfolgestudie, die aufzeigt, dass sich mit einem zügigen Abbau klimaschädlicher Subventionen auch soziale Ungerechtigkeiten verringern lassen.

Zuvor hatte im Juli 2019 das *Umweltbundesamt* (UBA) bereits Berechnungen zu direkt und

1 Vgl. Marten von Werder, Lieber nicht mit der Gießkanne, Internationale Politik und Gesellschaft (IPG), 20.10.2021

2 Bernhard Pötter, Vollgas statt Tempolimit. Die Ampelkoalition braucht eine ganz neue Klimapolitik. Sie muss Chefsache mit Vetomacht sein – und sehr detailliert. taz 23./24.2021

indirekt wirksamen Subventionen vorgelegt, die bei einer Kalkulation der Einsparpotenziale zu berücksichtigen sind. Nun hat das UBA am 28.Oktober eine weitere Studie veröffentlicht, aus der hervorgeht, dass die neue Regierung „Steuervergünstigungen für Pkw- und Agrardiesel, die private Nutzung von mit fossilen Kraftstoffen betriebenen Dienstwagen und für landwirtschaftliche Fahrzeuge sowie die Entfernungspauschale abschaffen“ könne. Wie der Umweltredakteur Jost Maurin von der taz berichtet, hätte „die öffentliche Hand 2018 laut Studie 65,4 Milliarden Euro für umweltschädliche Subventionen“ ausgegeben, „nahezu die Hälfte (für) den Verkehrsbereich, 39 Prozent (für) Energiebereitstellung und -nutzung, 9 Prozent (für) die Land- und Forstwirtschaft sowie 5 Prozent (für) Bau- und Wohnungswesen“. Der Wegfall klimaschädlicher Subventionen hätte nun vor allem soziale Vorteile wie etwa die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs, das der Staat mit mindestens 3 Milliarden Euro pro Jahr finanziere. Davon profitierten derzeit „überwiegend Haushalte mit hohen Einkommen“.[3]

Ein Subventionsabbau wird auch vom *BUND* und der *IG-Metall* in ihrem am 21.Oktober veröffentlichten Appell Energie- und Mobilitätswende: Die kommende Bundesregierung muss zügig handeln! gefordert – hier in Verbindung mit zusätzlichen Forderungen nach einem steuerlichen Lastenausgleich. Damit wenden sich beide Organisationen gegen die Pläne der FDP, jegliche Umverteilungsmaßnahmen zu verhindern, von denen Vermögende und Gutverdienende betroffen sind:

„Die Schuldenbremsen von Bund und Ländern müssen im Sinne einer investiven Politik reformiert werden. Zudem sollten die laufenden internationalen Initiativen genutzt werden, um auf eine höhere Besteuerung von Unternehmensgewinnen hinzuwirken. Die Finanzierung des notwendigen Umbaus könnte sowohl über einen Abbau umwelt- und klimaschädlicher Subventionen als auch über die Einführung einer Vermögenssteuer sowie einen höheren Spitzensteuersatz und eine Erhöhung der Reichensteuer sichergestellt werden.“

Zur Reform der Schuldenbremse merkt der *DGB* in einer ebenfalls am 21.Oktober veröffentlichten Stellungnahme an, dass „in der Presse (…) öffentliche Investitionsgesellschaften diskutiert“ würden, die nicht unter die Schuldenbremse fallen.“ Er stellt dazu klar:

„Solche Gesellschaften müssen in öffentlicher Verantwortung liegen und als Anstalten öffentlichen Rechts – idealerweise unter Einbeziehung von Sozialpartnern und Zivilgesellschaft – ausgestaltet werden. Eine Förderung privater Investitionen ersetzt keine öffentlichen Investitionen. Teure und intransparente Öffentlich-Private-Partnerschaften und Privatisierungen sind auszuschließen.“

Darüber hinaus fordert der DGB, Wohlstand gerecht zu verteilen. Ein gerechteres Steuersystem

3 Jost Maurin, 65 Milliarden Euro pro Jahr für Umweltzerstörung, taz 29.10.2021, Ulrich Schulte, Weg mit dem Dienstwagenprivileg, taz 29.10.2021

müsse kleine Einkommen entlasten und gleichzeitig die Einnahmebasis des Staates stärken. Auch das Bekenntnis zur Stärkung der Tarifbindung im Sondierungspapier brauche Konkretisierung. Bspw. sollten öffentliche Aufträge nur an Unternehmen gehen, die Tarifverträge anwenden.[4]

In einer weiteren Stellungnahme vom 29.Oktober hebt der DGB die zentrale Bedeutung öffentlicher Investitionen hervor: Ohne sie könne „weder eine sozial erfolgreiche Transformation der Wirtschaft, noch das Erreichen der Klimaziele oder die Umsetzung einer umfassenden Digitalisierungsagenda gelingen." Viele Unternehmensinvestitionen müssten durch den Staat angestoßen und gefördert werden: „Große Teile der Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Verkehr und sozialen Wohnungsbau etwa, liegen direkt in der Verantwortung der öffentlichen Hand. Das alles kostet den Staat kurzfristig viel Geld – mehr als 50 Milliarden Euro wären pro Jahr zusätzlich nötig."

Dezentrales Energiesystem, Energieeffizienz, Moratorium für Garzweiler

Zur Herausforderung, wie sich der Ausbau Erneuerbarer Energien beschleunigen lässt, haben das *Bündnis Bürgerenergie* und der *BUND* einen Drei Punkte-Plan vorgelegt. Mit diesem lässt sich ein dezentral organisiertes Energiesystem fördern: Bürger*innen sollen in die Lage versetzt werden, sich „in Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften zu organisieren, eigene Anlagen zu betreiben und aus diesen vergünstigten Ökostrom über das regionale Verteilnetz zu beziehen."

Auffällig ist zugleich, dass bei dieser Herausforderung die ebenfalls wesentliche Aufgabe, regenerative Energien effizienter zu nutzen, bislang ignoriert worden ist. Darauf macht mit zahlreichen Hinweisen zur Realisierbarkeit ein Offener Brief von 60 Energie-Wissenschaftler*innen an maßgebliche Akteure aus Politik, Wirtschaft und Medien aufmerksam: Zunächst wird ausgehend von den bereits festgestellten Defiziten der bisherigen Energieeffizienz-Politik auf erhebliche Nachteile hingewiesen, die ein weiterer politischer Verzicht auf Effizienzsteigerungen für Industrie, Gewerbe, Verkehr und private Haushalte, insbesondere einkommensschwache, bedeuten würde. Und nicht nur das: „Die Chancen für eine kostengünstige und nachhaltige Modernisierung des Kapitalstocks würden so verspielt."

Zugleich verweisen die Wissenschaftler*innen auf bereits bewährte Ansätze zur Effizienzsteigerung und widerlegen so die These, dass „die Potentiale der Energieeffizienz bereits ausgeschöpft seien." Damit ist zugleich eine eindringliche Warnung vor falschen Weichenstellungen verbunden:

„Eine einseitige Fokussierung auf eine angebotsorientierte Energiepolitik vermindert die Chancen, die Energiekosten der Energienutzer soweit zu reduzieren, dass das Kostenniveau für die

4 DGB, Koalitionsverhandlungen - konkret werden für eine gerechte Zukunft! klartext Nr. 33/2021, DGB-Bundesvorstand, Koalitionsverhandlungen: Zukunft nicht verbauen! klartext Nr. 34/2021

Energiewende akzeptabel, sozialverträglich und konkurrenzfähig ist. In den kommenden zwei Jahrzehnten kann sie zugleich einen wesentlichen Beitrag zur Emissionsminderung von Treibhausgasen leisten."
Der Offene Brief schließt mit dem Appell an „politische Entscheidungsträger, die Abgeordneten des neu gewählten Bundestages, die Vertreter*innen von Verwaltung, Wirtschaftsverbänden und Großinvestoren, die Chancen der Energieeffizienz mehr zu nutzen und dafür das energiepolitische und unternehmerische Engagement zu verstärken."[5]

Dass die Ampel-Parteien ihr Bekenntnis zum beschleunigten Kohleausstieg sofort unter Beweis stellen und beispielhaft umsetzen können, darauf macht der Aufruf von *Greenpeace* 1,5 Grad heißt: Lützerath bleibt! Abriss-Moratorium jetzt! aufmerksam. Greenpeace verlangt von SPD, Grünen und FDP, in Nordrhein-Westfalen umgehend ein Moratorium für die Räumung und Zerstörung des Dorfes Lützerath und die übrigen vom Braunkohletagebau Garzweiler bedrohten Ortschaften durchzusetzen. Der Eil-Appell soll zu einem geeigneten Zeitpunkt nach der Demonstration in Lützerath, die am 31.Oktober genau zu Beginn der Weltklimakonferenz in Glasgow von einem breiten Bündnis veranstaltet wurde, an die verhandelnden Parteien überreicht werden.

Zuvor forderten bereits Bürger*innen, die von den drohenden Abrissen ihrer Häuser direkt betroffen sind, von der künftigen Bundesregierung eine „rechtssichere Garantie für den Erhalt aller vom Braunkohle-Abbau bedrohten Dörfer in Deutschland". Für ihren bei *WeAct* verbeiteten Appell Kein weiteres Dorf mehr für Kohle! Für Klimagerechtigkeit hier und überall! sammeln sie weiter Unterschriften. Bundesweit ist der Aufruf bereits von mehr als 100.000 Bürger*innen unterzeichnet worden.[6]

Darüber hinaus gibt die Filmdokumentation 1,5 Grad heißt: Lützerath bleibt! aufschlussreiche Einblicke in die vom Energiekonzern RWE angerichteten Schäden und die vor Ort organisierten Proteste. Rückenwind haben diese bereits 2020 durch das Ergebnis eines von Greenpeace in Auftrag gegebenen Gutachtens des Deutschen Instituts für Wirtschaft (DIW) bekommen, wonach ein weiterer Kohleabbau für die absehbare Stromversorgung in Deutschland vollkommen überflüssig ist. Im Übrigen werde mit diesem die Chance vertan, die im Pariser Klimaabkommen vereinbarte 1,5°-Grenze noch annähernd zu erreichen

Atomausstieg, EU-Taxonomie unter Ausschluss von Atomenergie und Gas

Ebenso wie das Thema „Energieeffizienz" ist bei den Sondierungen der weitere Ausstieg aus der Kernenergie ausgeklammert worden. Dagegen wendet sich die Anti-Atom-Organisation *.ausgestrahlt* mit 21 atompolitischen Forderungen, die ein Maßnahmepaket zum kompletten Atomaus-

5 Verena Kern, Was wollen die Parteien – bei der Energieeffizienz? Klimareporter 23.9.2021

6 Zum Stand der Auseinandersetzung im Oktober 2021 – vgl. Katharina Schipkowski, Kampf um Lützerath vertagt, taz 29.10.2021

stieg beinhalten und aus denen hervorgeht, dass sich das Atomthema noch lange nicht erledigt hat – weder in Deutschland noch auf europäischer und internationaler Ebene. Hierzu teilt die NGO am 21.Oktober mit, dass sich diese Forderungen nicht nur auf Deutschland beschränken, sondern die Förderung oder Bevorzugung von Atomenergie auch europaweit verhindert werden müsse. Denn es sei zu befürchten sei, dass die Atomlobby die EU-Taxonomie „als mögliches Einfallstor“ nutzen könnte: Unter Federführung Frankreichs hätten aktuell zehn EU-Länder darauf gedrängt, dass die Atomenergie künftig massive Subventionen erhalten solle.[7]

Hier setzt auch die von dem EU-Parlamentarier Sven Giegold[8] auf *Change.org* gestartete Petition Super-GAU für Europas Energiewende: Stoppt das Greenwashing von Atomkraft und Gas! an, die an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Kommissar Frans Timmermans gerichtet ist. Es wird verlangt, dass „Atom und Gas (…) im Rahmen der EU-Taxonomie nicht als nachhaltige Investition eingestuft werden.“ Zudem dürfe kein EU-Vorschlag vorgelegt werden, „bevor die neue Bundesregierung im Amt ist.“ Warum dieser Vorstoß bei den Koalitionsverhandlungen beachtet werden sollte, ist folgender Erläuterung zur Petition zu entnehmen:

„Die Einstufung als nachhaltige Investition hat immense Folgen: In Zukunft werden sich nicht nur Banken, Versicherungen und andere Finanzmarktakteure bei ihren Investitionsentscheidungen nach diesem EU-Standard richten, sondern auch Kleinanlegerinnen und Kleinanleger. Und nicht nur das: Auch Fördergelder, europäische und nationale Beihilfen und Steuergelder würden in Atom und Gas fließen, wenn diese Energiequellen das Nachhaltigkeitslabel bekommen.
Die Bundesregierung ist beim letzten EU-Gipfel umgekippt und hat ihren Widerstand gegen das Greenwashing der Atomkraft aufgegeben. Damit könnten bei Gas und Atomkraft in der EU-Taxonomie nun schnell Fakten geschaffen werden.(…) Mit dem Grün-Anstreichen von Atom und Gas würden Ursula von der Leyen und EU-Kommissar Frans Timmermans auch das Versprechen ihres eigenen ‚Green Deals‘ brechen. Es wäre die erste klare Kursänderung auf Europas Weg zur Klimaneutralität - eine Abkehr von tatsächlicher Nachhaltigkeit!“[9]

---

7 Darüber hinaus hat *.ausgestrahlt* in einer Pressemitteilung vom 28.10.2021 darauf hingewiesen, dass sich anlässlich der Weltklimakonferenz COP26 in Glasgow mehr als 300 Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen aus fünf Kontinenten mit einem dringenden Appell an die Weltgemeinschaft gewandt hätten – einer gemeinsamen Erklärung, in der die Ungeeignetheit der Atomkraft im Kampf gegen die Klimakrise hervorgehoben und eine umfassende erneuerbare Energiewende verlangt wird.

Vgl. zur Frage „Atomkraftwerke als Helfer in der Klimanot?“ auch Bernward Janzing, Zu teuer und zu unflexibel. Taz 21.10.2021

8 Sven Giegold ist Mitbegründer des Attac-Netzwerkes, Mitglied der Grünen/EFA-Fraktion im Europaparlament und Sprecher Europagruppe Grüne.

9 Vgl. Nathanael Häfner, Ein Husarenstück für die Green Economy, taz 29.10.2021

Tempolimit, Stopp des Autobahnausbaus, Verlagerung von Inlandsflügen auf die Schiene

Dezidiert hat sich die *Deutsche Umwelthilfe* (DUH) bereits am 15.10. zu den verkehrspolitischen Ampel-Vereinbarungen geäußert:
„Ein Tempolimit mit CO2-Einsparungen von Millionen Tonnen pro Jahr wird verweigert. Die absurde Förderung von überdimensionierten Dienstwagen mit bis zu hunderttausend und mehr Euro pro Fahrzeug soll bleiben. Statt eines klaren Pkw-Verbrenner-Aus für Neufahrzeuge wird der klimapolitische Irrweg ineffizienter E-Fuels erwähnt und auch das erst 2035. Das ist der falsche Weg. Wir brauchen endlich konkrete und wirksame Maßnahmen: Ein Verbrenner-Aus 2025, ein zwingend notwendiges Tempolimit, eine wirkliche Mobilitätswende mit dem Ausbau von Fuß-, Rad- und öffentlichem Verkehr, ein 365-Euro-Ticket.“[10]

Zur Tempolimit-Ablehnung liegen bereits Einsprüche als Mitmachangebote vor: ein bei *WeAct* verbreiteter Appell an die FDP, Tempolimit 130 km/h zu akzeptieren, eine zuvor bei *Change.org* veröffentlichte Petition mit der Aufforderung Tempolimit jetzt! sowie eine von der *Deutschen Umwelthilfe* initiierte E-Mail-Aktion gegen eine Kampagne für Tempo 300, die vom rechtslastigen Autofahrerverband Mobil und Anhänger*innen der CSU und AFD verbreitet wird.

Ferner hat der *BUND* ein Rechtsgutachten zur Verfassungswidrigkeit des Bundesverkehrswegeplans in Auftrag gegeben, in dem geklärt werden soll, ob die neue Bundesregierung den Fernstraßenbau sofort stoppen muss. Ein bundesweites Moratorium für den Neu- und Ausbau aller Autobahnen und Bundesstraßen wird zudem in 7 bei *WeAct* verbreiteten Petitionen verlangt.

Darüber hinaus kann seit Ende Oktober bei *Change.org* die Petition Züge statt Flüge - Sofortmaßnahmen für Klimaschutz unterstützt werden. Sie ist an Olaf Scholz, Annalena Baerbock, Robert Habeck und Christian Lindner gerichtet und von Clara Reemtsma (Bundessprecherin von Fridays for Future) sowie von *Robin Wood* und dem globalisierungskritischen Netzwerk *attac* initiiert worden. Mit dem Hinweis, dass „eine Flugreise mindestens 20-mal so klimaschädlich wie eine Bahnfahrt“ sei, wird gefordert

- „Ultra-Kurzstreckenflüge sofort abzuschaffen“ und durch Bahnalternativen mit einer maximalen Reisezeit von 4 Stunden zu ersetzen,
- im Bundesreisekostengesetz Flugkostenerstattungen für Kurzstreckenflüge auszuschließen,
- klimaschädliche Subventionen des Flugsektors für den Ausbau des Bahnverkehrs zu verwenden.

10 DUH, Sondierungsergebnis von Ampel-Bündnis birgt „Licht, Schatten und besorgniserregend viele Fragezeichen beim Klimaschutz“, 15.10.2021

Ökologische und sozial gerechte Agrarpolitik, Neuausrichtung der Forstwirtschaft, Notprogramm für die Natur

Mit der Ankündigung, die Landwirtschaft auf einen „naturverträglichen Pfad“ zu bringen (vgl. Sondierungspapier, S.4), steht ein Aufruf des *BUND* zur Zukunft der Landwirtschaft in direkter Beziehung: Ausgehend von den Empfehlungen der hierfür zuständigen Zukunftskommission wird ein tiefgreifender Umbau gefordert: etwa durch eine deutlich stärkere Begrenzung der Nutztierhaltung, spürbare Senkung des Fleischkonsums, Mengen-Halbierung von Pestiziden bis 2030 sowie eine Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes für Nahrungsmittel.

Über die Forderung nach einer Mengen-Halbierung geht das *Umweltinstitut München* in seiner Stellungnahme Pestizide: Das „notwendige Maß“ ist Null! vom 20.Oktober noch hinaus: In den Koalitionsverhandlungen soll ein „Ausstieg aus chemisch-synthetischen Pestiziden bis spätestens 2035“ beschlossen werden. Dabei verweist das Institut auf die inzwischen in Kraft getretene Europäische Bürgerinitiative Save bees and farmers, die „eine Reduktion synthetischer Pestizide um 80 Prozent bis 2030 und den kompletten Ausstieg aus deren Nutzung bis spätestens 2035 in allen EU-Mitgliedstaaten“ anstrebt. Im Übrigen sei die Formulierung „auf das notwendige Maß beschränken“ häufig bei „agrarindustrienahen Gruppierungen gebräuchlich und insofern eine „Schönfärberei“, mit der sich „der Status Quo zementieren“ ließe.[11]

Dass konsequenter Klimaschutz auch eine Neuausrichtung der Forstwirtschaft mit einschließt, blieb bei den Sondierungen unbeachtet. Darauf macht *Greenpeace* in der Petition Waldsterben stoppen! aufmerksam – ausgehend von der Einschätzung, dass bei dieser Herausforderung „Forstwirtschaft und Politik“ immer noch „den Kopf in den Sand stecken“. Die Eingabe zielt darauf ab, keine weiteren großflächigen Aufforstungen zu subventionieren, sondern 15-20 Prozent deutscher Wälder unter Schutz zu stellen und so das Heranwachen gesunder Laub- und Mischwälder zu ermöglichen.

Darüber hinaus hat der *NABU* die nächste Bundesregierung dazu aufgefordert, ein Notprogramm für die Natur und gegen das Artensterben aufzulegen: Bei diesem sollen unter anderem folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- „Der Natur mehr Raum geben“: unter anderem durch einen „Renaturierungsplan“, um Naturräume wiederherzustellen, und „nicht bewirtschaftete Rückzugsräume für Tiere und Pflanzen in der Agrarlandschaft“. Zu diesem Zweck soll auch der „Flächenverbrauch“ bis 2030 auf „Netto-Null“ gebracht werden.

11 Umweltinstitut München, Das 'notwendige Maß' ist Null: Die Ampel-Koalition muss den Pestizid-Ausstieg beschließen 19.10.2021 und DUH, Pressemitteilung vom 20.10.2021 Deutsche Umwelthilfe fordert in Koalitionsverhandlungen Abkehr von Pestiziden statt „notwendiges Maß“

• „Schutzgebiete schaffen, die tatsächlich schützen“: durch „neue Qualitätsstandards und „eine bessere Vernetzung“ der Gebiete „im Einklang mit den Vorgaben der EU-Biodiversitätsstrategie“.
• „Einen Pakt für Artenschutz und grüne Infrastruktur“ bilden: unter anderem durch grüne Korridore zur Abfederung neuer Belastungen durch den Ausbau klimagerechter Infrastrukturen, vorbeugende Hilfsprogramme für besonders bedrohte Tierarten und einen „Bundes-Wildtierwegeplan“.
• Intakte Waldgebiete zulassen: „Der Wald ist Alleskönner, wenn man ihn wachsen lässt: Kühlung, Wasserspeicher, Hochwasserschutz, Luftfilter und dauerhafter Speicher für Treibhausgase.“ Dementsprechend soll „die Bundesregierung mittelfristig mindestens zehn Prozent der Wälder dauerhaft als Naturwälder ausweisen, die frei von forstlichen Eingriffen sind. Außerdem müssen die Umweltleistungen, die im Wald erbracht werden – gerade auch die Biodiversität – finanziell honoriert werden. Holzverbrennung für die Energieerzeugung darf nicht mehr gefördert werden.“
• Einen internationalen Schutzschirm für die weltweite Artenrettung spannen – unter anderem auf der nächsten UN-Biodiversitätskonferenz und während der deutschen G7-Präsidentschaft 2022: „Viele Tier- und Pflanzenarten, für die Deutschland besondere Verantwortung trägt, kämpfen seit Jahrzehnten ums Überleben und drohen zu verschwinden. Konkret braucht es hierfür Naturschutzhilfen in Höhe von künftig zwei Milliarden Euro jährlich.“

Bürgerversicherung, armutsfestes Bürgergeld als Ersatz für Hartz-IV, Mietenstopp

In einer Pressemitteilung vom 15.10.2021 hat der *Paritätischen Gesamtverband*, einer der größten Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland, seine Bedenken gegenüber den sozialpolitischen Sonderungsergebnissen zum vierten Schwerpunkt („Soziale Sicherheit bürgerfreundlich gestalten“, S.5 f.) geäußert: Man vermisse „unter den ausformulierten Zielen insbesondere, die Armut in diesem Land zu beseitigen und die tief gespaltene Gesellschaft wieder zusammenzuführen (…) Punkte, die wir ganz sicher auf der Tagesordnung einer neuen Bundesregierung sahen, finden sich in dem Papier überhaupt nicht wieder‘, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. Als Beispiele nennt er eine umfassende Pflegereform, die Pflegebedürftige auch finanziell entlastet, Schritte in Richtung Bürgerversicherung in Rente und Pflege und eine endlich wirksame Mietpreisdämpfungspolitik (…) Armutspolitisch bliebe das Sondierungspapier Antworten schuldig.“

Außerdem gibt der Wohlfahrtsverband zu bedenken, dass „positive Punkte in dem Papier, so etwa die Ankündigungen für die Einführung einer Kindergrundsicherung, einer Wohngemeinnützigkeit und mehr Sozialwohnungen“ angesichts der steuerpolitischen Vereinbarungen „unter Finanzierungsvorbehalt“ stünden. Diese drohten zum „Geburtsfehler auch dieser Koalition“ zu werden, wenn man wieder „auf eine stärkere Heranziehung sehr hoher Vermögen und Einkommen zur solidarischen Finanzierung unseres Gemeinwesens“ verzichten würde.

Im Vorfeld der Sondierungen rief der Verband bereits die Kampagne #Armut abschaffen ins Leben: Der Paritätische appellierte zunächst an Arbeitsminister Hubertus Heil, versteckte Kürzungen bei den Ärmsten (zu) stoppen und diese als „rote Linie“ bei Hartz IV anzuerkennen.[12] Inzwischen geht es bei der Einführung eines tragfähigen Bürgergeld um eine Erhöhung des Regelsatzes schrittweise von derzeit 446 Euro auf mindestens 600 Euro für einen Erwachsenen, gleichzeitig aber auch um Berechnungen des dafür erforderlichen finanziellen Aufwands:

„Der Paritätische Wohlfahrtsverbands schätzte die jährlichen Kosten für einen armutsfesten Hartz-IV-Regelsatz 2020 auf 14,5 Milliarden Euro. Die Grünen kalkulieren für einen 50-Euro-Aufschlag auf die derzeitigen Sätze einen einstelligen Milliardenbetrag.“

Im Anschluss an diesen Hinweis hat der taz Redakteur Ulrich Schulte begründet, warum ein höheres Bürgergeld „gut in die Systematik der Ampel“ passe: „Erstens hat sich die Koalition in spe bereits auf einen Mindestlohn von 12 Euro verständigt. Ein höheres Existenzminimum wäre also möglich, ohne dass das sogenannte Lohnabstandsgebot verletzt würde (…). Zweitens gibt es auch für die skeptische FDP ein gutes Argument, eine Regelsatzerhöhung mitzutragen. Das Existenzminimum, das das neue Bürgergeld markieren würde, darf nicht besteuert werden. Durch einen Aufschlag würde deshalb automatisch der Grundfreibetrag in der Einkommensteuer angehoben. Dies bedeutet faktisch eine Steuersenkung für alle Einkommensgruppen.“[13]

Am 2.November, kurz vor Beendigung dieser Dokumentation, beginnt der Verein *Sanktionsfrei* über *WeAct* den Appell „Bürgergeld” muss mehr sein als ein anderes Wort für Hartz IV! zu verbreiten, der sich an die Ampel-Verhandlungsgruppe „Sozialstaat, Grundsicherung, Rente“ wendet. In dem Text wird ein Bürgergeld gefordert, bei dem der Regelsatz spürbar erhöht ist, die Wohn- und Energiekosten gedeckt und keine Sanktionen in Form von „Mitwirkungspflichten“ vorgesehen sind. Denn diese würden bei „kleinsten Vergehen” zur Kürzung der ohnehin niedrigen Grundsicherung missbraucht.

Zum Thema bezahlbares Wohnen hat Paritätische Wohlfahrtverband einen weiteren Aufruf diesmal direkt an die Ampel-Sondierer*innen mit der Forderung gerichtet, einen Mietenstopp in den Koalitionsvertrag aufzunehmen – verbunden mit der Warnung an SPD und Grüne, den „Mietenstopp nicht als Zugeständnis an die Liberalen“ zu opfern. Insgesamt geht es dabei um folgende fünf Anliegen:

„1. Sechs Jahre flächendeckender Mietenstopp: keine Mieterhöhungen im Bestand mehr, Ausnahmen für faire Vermieter*innen.

12 Zum aktuellen Stand dieser Forderung angesichts steigender Preise vgl. Hannes Koch, Sozialer Ausgleich für hohe Kosten, taz 29.10.2021

13 Ulrich Schulte, Harte Entscheidungen, taz 27.9.2021

2. Verstärkter Neubau: von bezahlbaren Mietwohnungen, teure Eigentumswohnungen gibt es schon genug.
3. Soziales Bodenrecht: Immer weiter steigende Bodenpreise laden zu Spekulation ein. Mit extrem teurem Boden als Grundlage kann kein bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden.
4. Neue Wohnungsgemeinnützigkeit: Das Allgemeinwohl muss beim Wohnen wieder im Vordergrund stehen
5. Strengere Regeln: und zwar zum Beispiel für die häufig zur Verdrängung von Mieter*innen genutzten Eigenbedarfskündigungen, für Umwandlungen und bei der Durchsetzung des Vorkaufsrechts.“[14]

Mit diesen Forderungen stimmt auch der *DGB* überein. Er begrüßt, „dass die Parteien das Problem steigender Wohnkosten erkennen und den Bau von 400.000 Wohnungen pro Jahr anstreben, wovon 100.000 ‚öffentlich gefördert' sein sollen.“ Wenn klar gestellt sei, „dass es sich hierbei um (dauerhaft) mietpreis- und belegungsgebundene Sozialwohnungen handelt“, entspreche dies einer DGB-Forderung. Ferner weist der DGB darauf hin, dass „der Anstieg der Mietpreise kurzfristig effektiv gebremst werden“ müsse und fordert „einen zeitlich befristeten Mietenstopp, bis ausreichend bezahlbarer Wohnraum“ vorhanden sei.[15]

Werbeverbot für ungesunde Ernährung als Beitrag zum Kindergesundheitsschutz

Beim fünften Themenfeld „Chancen für Kinder, starke Familien und beste Bildung ein Leben lang“ (S.6 f.) ist die Problemstellung, wie sich eine gesunde Kindheit als Grundvoraussetzung für die übrigen Chancenverbesserungen gewährleisten lässt, gänzlich unter den Tisch gefallen. Dazu stellt *foodwatch* im Kommentar zur E-Mail-Aktion Kindergesundheit ist nicht verhandelbar! fest, dass die Nahrungsgewohnheiten von Kindern und damit ihr Wohlbefinden massiven Fremdeinflüssen und Gefährdungen ausgesetzt sei:

„Seit Jahren steht die an Kinder gerichtete Werbung für Zuckerbomben und fettige Snacks in der Kritik: Mit Comics, Spielzeugbeigaben und Influencer-Marketing untergräbt die Lebensmittelindustrie alle Bemühungen von Eltern, ihren Kindern gesundes Essen schmackhaft zu machen. Die Folgen sind fatal: Die Werbung fördert nachweislich Übergewicht und spätere Krankheiten.“

---

14 Vgl. Jasmin Kalarickal, „Sechs Jahre lang keine Mieterhöhungen“. Interview mit dem Präsidenten der Deutschen Mieterbundes Lukas Siebenkotten, taz 22.10.2021

15 DGB, Koalitionsverhandlungen - konkret werden für eine gerechte Zukunft! klartext Nr. 33/2021
Anmerkung: Unter sozialpolitischen Vorzeichen erscheinen diese Forderungen schlüssig, nicht aber unter ökologischen. Hier treten die Nachteile fortdauernder *Bodenversiegelung* und des Gebrauchs *klimaschädlicher Baustoffe* offen zutage. Abhilfe könnten konsequente Strategien zur Nutzung leerstehender Gebäude, ihrer Instandsetzung und zur Nachverdichtung schaffen, vgl. Katja Dombrowski Unterm Asphalt ist kein Leben, klimareporter 14.10. 2019.

Ausgehend von diesem Befund erinnert foodwatch die SPD an ihr Wahlversprechen, die Kindergesundheit schützen zu wollen. Die NGO fordert Olaf Scholz dazu auf, ein Werbeverbot für unausgewogene Lebensmittel in den Koalitionsvertrag aufzunehmen.

Klimaneutralität, Gemeinwohlorientierung, Einschränkung der Konzernmacht

Beim sechsten Schwerpunkt – „Innovation fördern und neue Wettbewerbsfähigkeit erreichen“ – ist anfangs davon die Rede, „die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland als Grundlage für nachhaltiges Wachstum, Wohlstand und hohe Beschäftigung in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft zu erhöhen.“ (S.7) Hierzu wird unter anderem ausgeführt, „sich um fairen Wettbewerb zwischen Geschäftsmodellen digitaler Großunternehmen und den lokal verwurzelten Unternehmen bemühen“ zu wollen (ebd.). Am Ende des Abschnitts wird erklärt: „Wir wollen den regelbasierten Freihandel auf der Grundlage von fairen sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Standards stärken“ (S.8).

Dass es bei den Sondierungen vorrangig um den „Wirtschaftsstandort Deutschland“ ging und man das Resultat angestrebter Umstrukturierungen als „sozial-ökologische Marktwirtschaft“ bezeichnet, scheint auf den ersten Blick schlüssig und nachvollziehbar – allerdings unter der Bedingung, dass sich das künftige Regierungshandeln konsequent an folgenden im Schlussteil („Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt“) formulierten Vorsatz hält:

„Wir richten unser internationales Handeln an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (SDG) aus. Wir wollen sicherstellen, dass Deutschland seine internationalen Verpflichtungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und Internationalen Klimafinanzierung erfüllt.“ (S.10).

Auf den zweiten Blick besteht jedoch erheblicher Nachholbedarf bei der „Nachschärfung“ und „Justierung“ der oben zitierten Zielvorstellungen. Darauf machen fünf Forderungen der Nothilfe- und Entwicklungsorganisation *Oxfam* zu einer sozial-ökologischen Transformation aufmerksam, die über das bei den Sondierungen vereinbarte Maßnahmepaket zum Ausbau Erneuerbarer Energien weit hinausreicht, wie die folgende zusammenfassende Wiedergabe zeigt:

Erstens sei das Zieljahr 2045 für ein klimaneutrales Deutschland zu korrigieren und der Zeitraum zu verkürzen, „wenn Deutschland gemäß seiner Verantwortung für die Klimakrise und seiner Wirtschaftskraft fair zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf unter 1,5°C beitragen soll“.
Zweitens solle im Koalitionsvertrag festgelegt werden, dass Haushaltsmittel „für die Klimafinanzierung in wirtschaftlich benachteiligten Ländern und deren Anpassung an klimatische Veränderungen „bis 2025 auf 8 bis 10 Milliarden Euro anwachsen“.
Drittens müsse durch eine ambitionierte Gesetzgebung einer gemeinwohlorientierten Unternehmensführung auf deutscher und europäischer Ebene zum Durchbruch verholfen werden – einem „Unternehmenshandeln“, das sich „maßgeblich an Menschenrechten und den natürlichen Gren-

zen der Umwelt“ orientiert und betriebliche Abläufe auf demokratische Entscheidungsstrukturen umstellt.
Viertens sei es zur Durchsetzung einer vollgültigen sozial-ökologischen Marktwirtschaft erforderlich, die Marktvermachtung durch ein „verschärftes und gemeinwohlorientiertes Kartell- und Wettbewerbsrecht“ einzuschränken, in dem sich die marktbeherrschende Stellung eines Unternehmens nicht mehr nach 40 Prozent, sondern 20 Prozent Marktanteil bemisst. Und schließlich sollten
fünftens „alternative Unternehmensansätze“ (wie etwa im Rahmen der Solidarischen Landwirtschaft) durch eine Neuausrichtung allgemeiner Wirtschaftshilfen und öffentlicher Ausschreibungen gefördert werden.

Der dritten Forderung nach einer breit angelegten ökonomischen Gemeinwohlorientierung ist Anfang November in einem von *Oxfam* und der *Bürgerbewegung Finanzwende* vorgelegten Bericht über die Gewinnverteilung in Großunternehmen erheblich Nachdruck verliehen worden. In dem Report „DAX-Konzerne bedienen Aktionärsinteressen statt Klima und Menschenrechte“ wird aufgedeckt, dass die Gewinne der 30 großen DAX-Konzerne zunehmend an Aktionär*innen geflossen seien. Hierzu teilte Oxfam am 4.November folgende Befunde mit: „Die Ausschüttungen legten zwischen 2009 und 2020 mit 85 Prozent fast doppelt so stark zu wie die Gewinne, die um 48 Prozent gestiegen sind. Einzelne Unternehmen (RWE, E.On und Thyssen Krupp) überwiesen sogar in Verlustjahren ihren Anteilseigner*innen Geld. (…) Gleichzeitig hapert es beim Klimaschutz: Oxfam und Finanzwende haben pro Sektor berechnen lassen, welche Investitionen die Konzerne jährlich tätigen müssten, um ihre Geschäftsmodelle bis 2050 klimaneutral zu gestalten. Das Ergebnis: Alle Unternehmen investieren zu wenig, dabei wären viele dazu problemlos in der Lage – und zwar ohne staatliche Subventionen oder Steuererleichterungen.“

Zur Beseitigung dieser Missstände wird von der neuen Bundesregierung eine Unternehmensreform erwartet. Es sollen hierzu folgende „gesetzliche Regeln“ durchgesetzt werden, die Unternehmen veranlassen, sich viel konsequenter als bisher am Gemeinwohl zu orientieren:

- „Das Unternehmensinteresse, dem Aufsichtsräte und Vorstände verpflichtet sind, muss die Einhaltung der Menschenrechte und der planetaren Grenzen einschließen – inklusive einer Klagemöglichkeit negativ Betroffener.
- Unternehmen müssen verpflichtet werden, Strategien zur Umsetzung ihrer Gemeinwohlpflichten zu entwickeln und zu veröffentlichen. Ausschüttungen an Aktionär*innen sollten an Voraussetzungen gebunden und beim Überschuss eines Geschäftsjahres gedeckelt werden.
- Unternehmen müssen sicherstellen, dass betroffene Interessengruppen wirksam auf die Geschäftspolitik von Unternehmen einwirken können, insbesondere Arbeiter*innen, Lieferanten und lokale Gemeinschaften in den Lieferketten.“

Klimasolidarität, Regulierung des Welthandels

Für einen Beitrag zur internationalen Klimasolidarität, wie dieser in der zweiten Oxfam-Forderung angemahnt wird, setzt sich auch die Klimabewegung ein. In ihrem Aufruf zum zentralen Klimastreik in Berlin fordern *Fridays for Future* (FFF), dass die künftige Regierung für „globale Klimagerechtigkeit einstehen“ und zu diesem Zweck „die deutsche Klimafinanzierung bis 2025 mindestens verdoppeln“ müsse. Zudem wird erwartet, dass der Ankündigung, einen „regelbasierten“ Freihandel stärken zu wollen, auch Taten folgen müssen: Die neue Regierung solle sich „gegen klimaschädliche Abkommen wie CETA und das EU-Mercosur-Abkommen[16] einsetzen“, private Schiedsgerichte ablehnen und gemeinsam mit möglichst vielen EU-Staaten aus dem Energiecharta-Vertrag aussteigen“.

An dieser Stelle sei an zweierlei erinnert: Eine Verdoppelung klimabezogener Finanzhilfen für die armen und verwundbarsten Länder wird bereits seit geraumer Zeit von diversen NGOs wie *Greenpeace* oder *Germanwatch* angemahnt. Dabei handelt es sich um eine flankierende Maßnahme, ohne die deutsche und europäische Klimaschutzprogramme, die sich vorrangig auf die eigenen Wirtschaftsräume konzentrieren, an internationaler Glaubwürdigkeit verlieren würden.[17] Ferner stehen Freihandelsabkommen wie CETA nach wie vor in der Kritik, staatliche Regulierungsfähigkeiten und demokratische Entscheidungsbefugnisse aufgrund des bestehenden Investor-State Dispute Settlements (ISDS) zu unterlaufen.[18]

Demokratiepolitik, Gemeinnützigkeitsrecht, lebendige und direkte Demokratie

Der achte Abschnitt des Sondierungspapiers – „Freiheit und Sicherheit, Gleichstellung und Vielfalt in der modernen Demokratie“ – enthält unter anderem folgende Zielvorstellungen: „Wir wollen unsere Rechtsordnung der gesellschaftlichen Realität anpassen (…). Wir wollen Freiheit und Sicherheit gewährleisten und die Bürgerrechte stärken (…) Wir werden in allen Bereichen entschlossen gegen Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus, Islamismus, Linksextremismus, Queer-Feindlichkeit und jede andere Form der Menschenfeindlichkeit vorgehen, damit Vielfalt auch in gleicher Sicherheit für jede und jeden möglich ist. Die öffentliche Hand sowie ihre

16 Vgl. aktuellen Bericht der NGO Rettet den Regenwald, EU-Mercosur-Abkommen. Keine Bürgerbeteiligung und Rechte, dafür Kahlschlag der Wälder, 8.10.2021

17 Bernhard Pötter,„Bei der Gerechtigkeit hat der Gipfel versagt“ , Interview mit der Geschäftsführerin Greenpeace international Jennifer Morgan, taz 26.4.2021; ders., Bilanz des Klimagipfels: Einmal tief Luft holen taz 23.4.2021 Vgl. hierzu auch die am 27.10. in Berlin durchgeführte Protestaktion von 13 Entwicklungsorganisationen: NGOs fordern von Ampel-Verhandler:innen Zusage zu verlässlicher Entwicklungsfinanzierung im Koalitionsvertrag

18 Vgl. foodwatch, EU-Kommission ignoriert Demokratiedefizit von CETA, 14.7.2021, Attac, Was ist CETA? CETA: Wunschkonzert für Wirtschaftslobbyisten, Wikipedia: Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen, Investorstate dispute settlement

Institutionen müssen hier Vorbild sein.“ (S.9)
Obwohl diese Aussagen teils den Eindruck von Lippenbekenntnissen erwecken, andererseits aber unter demokratischen Parteien auch eine Selbstverständlichkeit sein sollten, bieten sie Anknüpfungspunkte für Interventionen zu konkreten inhaltlichen Lücken im Sondierungspapier. Laut eines Newsletters der *Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“* (ARPW) vom 21.Oktober haben sich am gleichen Tag erstmals die drei Ampel-Parteien zu Koalitionsverhandlungen in 22 Verhandlungsgruppen zusammengefunden. Die ARPW teilt dazu mit, dass sich die erste der 22 Gruppen mit dem Thema „Moderner Staat und Demokratie“ befasst. Dies entspreche dem am 13.Oktober verabschiedeten Appell an die Ampel: Redet über Demokratiepolitik! , an dem 16 zivilgeselschaftliche Organisationen beteiligt waren.

In diesem Aufruf werden zur Thematik „Demokratiepolitik“ neun Sachgebiete vorgeschlagen, von denen sich ein Thema auf die besonders brisante Problemstellung mangelnder Transparenz bei der Finanzierung politischer Akteure bezieht.

Ferner teilt die ARPW mit, dass im Sondierungspapier die „Zivilgesellschaft“ nur einmal erwähnt wird – siehe Eingangszitat – und der Aspekt „Gemeinnützigkeit“ nur als „Wohngemeinnützigkeit“ berücksichtigt sei. Gleichwohl werde ein „Demokratiefördergesetz“ angekündigt und sollen die Bürger*innenrechte gestärkt werden. Im Hinblick auf letztere setzt sich die ARPW für eine Veränderung des bislang vollkommen unzureichenden Rechtsrahmens zum Gemeinnützigkeitsrecht ein: Überfällig sei hier eine Änderung der Rechtslage, zu der die ARPW weiterführende Vorschläge erarbeitet hat. Es wird erwartet, dass die Parteien Sofortmaßnahmen ergreifen und bei diesem wegweisenden Aspekt ihr Versprechen zur Stärkung der Bürger*innenrechte einlösen.

Darüber hinaus plädiert das *Forum Ziviler Friedensdienst* (ZFD) für eine aktive zivilgesellschaftliche Konfliktbearbeitung: In dem Aufruf für eine lebendige Demokratie wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, all jene „Herausforderungen für unsere Demokratie aktiv anzugehen“, die mit den anstehenden gesellschaftlichen Transformationen verbunden sind. „Für eine resiliente und zukunftsfähige Gesellschaft“ sei „eine langfristige Perspektive der Demokratieentwicklung erforderlich, die sich auf eine strategische Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft stützt, Synergien entwickelt und Strategien umsetzt“.

Damit sich daran „alle gesellschaftlichen Gruppen“ beteiligen können, empfiehlt das ZFD der nächsten Bundesregierung,

- „Leitlinien für eine plurale und zukunftsfähige Gesellschaft“ zu entwickeln, in denen „gegenseitig sich ergänzende Handlungsbereiche“ wie die „Radikalisierungsprävention, Bildungsarbeit und Konfliktbearbeitung“ zusammengeführt und gestärkt werden,
- ein Demokratiefördergesetz, das sich unter anderem auf die genannten Handlungsfelder erstreckt und eine unbürokratische Förderung der hierzu bereits entwickelten Konzepte ermög-

licht; sowie

- den Ausbau der Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ mit dem Ziel, die hierzu bereits vorhandenen „zivilgesellschaftliche Strukturen“ auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene langfristig zu fördern.[19] –

Die *Initiative Abstimmung 21* hat inzwischen sämtliche 160.076 Stimmzettel zur ersten bundesweiten Volksabstimmung ausgezählt, die sie in den verganenen Monaten in Eigenregie durchgeführt hat. Die Ergebnisse sind am 4.November in Berlin zusammen mit den Initiator*innen der vier Abstimmungsthemen im Rahmen eines Pressegesprächs vorgestellt worden. Dabei ging es maßgeblich um die Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene – eine Forderung, mit der das Vorhaben der Ampel-Koalition, Staat und Demokratie modernisieren zu wollen, um eine direktdemokratische Komponente erweitert wird.

Keine Steuergelder für antidemokratische Institutionen

Die Kampagnenorganisation Campact greift im Appell Kein Steuergeld für die AFD-Stiftung! den Vorsatz von SPD, Grüne und FDP auf, entschlossen gegen Rechtsextremismus vorgehen zu wollen. Campact fordert dazu auf, „im Koalitionsvertrag fest(zu)halten, dass keine Steuergelder in antidemokratische Organisationen fließen.“ Außerdem müsse eine „gesetzliche Grundlage“ geschaffen werden, mit der „auf Dauer eine Finanzierung der Parteistiftung der AfD aus Bundesmitteln verhindert wird.“ Denn ohne diese Maßnahme könne die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung in der neuen Legislaturperiode „jährlich bis zu 70 Millionen Euro“ an Steuergeldern für ihre Arbeit einfordern. Campact begründet den Vorstoß unter anderem mit folgenden Hinweisen: Die Stiftung könne eine rechtsextreme Bildung und Forschung begünstigen, „als ‚Think Tank‘ das Sagbare in Politik und Gesellschaft noch weiter nach rechts verschieben“ sowie „den Ausbau rechter Strukturen vorantreiben und öffentliche Diskurse massiv beeinflussen“.

Lobbyismus

Bei der Formulierung „Sicherheit zu gewährleisten und die Bürgerrechte zu stärken“ fällt zudem auf, dass im Sondierungspapier offenbar keinerlei Absicherungen gegen jenen dominanten Lobbyismus „von oben“ vorgesehen sind, der bislang immer noch weitgehend unkontrolliert von diversen Machteliten ausgeübt wird. Deutlich wirksamere Maßnahmen als sie mit der Einführung des Lobbyregisters beschlossen wurden, fordert nun *Lobby Control* in der E-Mail-Aktion Die ganze Lobby-Fußspur offenlegen: Alle verdeckten Einflussnahmen auf Gesetze und Millio-

19 Auf das Thema „Demokratieförderung“ bezieht sich auch der anlässlich der Konstituierung des neuen Bundestages vom Verein *Mehr Demokratie* initiierte Aufruf Von XXL zurück auf L! Wahlrechtsrefom jetzt!, dem sich interessierte Bürger*innen anschließen können. Der Appell ist jedoch nicht an die sondierenden Parteien gerichtet, sondern an die neue Bundestagspräsidentin. Sie wird dazu aufgefordert, „sich für eine wirkliche Wahlrechtsreform einzusetzen“.

nenspenden an Parteien sollen dadurch unterbunden werden, dass Ministerien, Mitglieder der Bundesregierung sowie Staatssekretär*innen verpflichtet werden, „bei Gesetzentwürfen alle Lobby-Einflussnahmen öffentlich zu dokumentieren“ und „ihre Lobbykontakte offenzulegen“. Darüber hinaus wird eine durchgreifende Reform der Parteien- und Wahlkampffinanzierung gefordert: „Spenden und Sponsoring müssen deutlich transparenter und in der Höhe begrenzt werden. Wahlkampfbeeinflussung durch anonym finanzierte Kampagnen muss unterbunden werden.“

Abschaffung von Steuerprivilegien

Im neunten Abschnitt – „Zukunftsinvestitionen und nachhaltige Staatsfinanzen“ – wird eine deutliche Erhöhung von privaten und öffentlichen Investitionen in Aussicht gestellt. Dies soll jedoch ohne eine Erhöhung von „Substanzsteuern“ geschehen (S.10).

Dagegen wenden sich die *Bürgerbewegung Finanzwende (BFW)*, die Initiative *#taxmenow!* und das *Netzwerk Steuergerechtigkeit* in der Petition Steuerprivilegien kippen! mit zehn Forderungen zur Umgestaltung des Steuersystems, ausgehend von folgendem Befund:

„In den letzten 30 Jahren wurden auf Druck der Lobby des großen Geldes immer mehr Steuerprivilegien geschaffen. Sie verursachen hohe Profite für eine kleine Anzahl von Personen und kosten die Gesellschaft 80 Milliarden Euro jährlich. Nach und nach wurde unser Steuersystem ungerechter, ohne dass mehr in Klimaschutz, sichere Arbeitsplätze oder faire Bildungschancen investiert wurde. Die Lobby des großen Geldes konnte einen Sieg nach dem anderen verbuchen.“

Die Forderung, bei der Erbschaftssteuer „Ausnahmen zurück(zu)nehmen, zum Beispiel bei der Weitergabe von großen Betriebsvermögen“, begründet die BFW in einem Mitte Oktober erschienenen Newsletter mit folgenden Argumenten:

„Die Ungerechtigkeiten sind eklatant: Die Erbschaftsteuer soll zum Beispiel helfen, die extrem ungleichen Startchancen in Deutschland etwas auszugleichen. Trotzdem haben die 100 reichsten Familiendynastien – teilweise über mehr als sechs Generationen – Vermögen von etwa einer Billion Euro angehäuft. Denn die größten Vermögen werden niedriger besteuert als kleinere. Das Bundesverfassungsgericht hält diese Praxis sogar für verfassungswidrig. Deswegen ist es ein Minimum, dass dieses Steuerprivileg von der neuen Bundesregierung sofort abgeschafft wird.“ [20]

Menschenrechtskonformer Flüchtlingsschutz

Im zehnten Abschnitt zum Themenfeld „Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt“

20 Gerhard Schick, promovierter Volkswirt und Vorstand der BFW, erläuterte am 3.11. in einem von Ulrich Schulte durchgeführten taz-Inter-view diesen Misstand wie folgt: „Wer eine Immobiliengesellschaft mit 3.000 Wohnungen erbt, zahlt weniger Erbschaftsteuer als jemand, der 3 Wohnungen erbt. Karlsruhe hat die Privilegien für reiche Menschen zwei Mal bemängelt, weil sie dem Gleichheitsgrundsatz in der Verfassung widersprechen.“ Siehe „Milliardäre stärker als das Verfassungsgericht“

werden zur künftigen Migrationspolitik folgende Ziele präsentiert: „Wir wollen die Verfahren zur Flucht-Migration ordnen und die ausbeuterischen Verhältnisse auf den Fluchtwegen bekämpfen. Die Asylverfahren, die Verfahren zur Familienzusammenführung und die Rückführungen wollen wir beschleunigen und legale Wege schaffen. Abkommen mit Drittstaaten über Migration sollen dabei helfen.“ (S.12)

In einer am 1.Oktober zum Tag des Flüchtlings veröffentlichten Pressemitteilung appellieren die Menschenrechtsorganisationen *Pro Asyl* und *Amnesty International* an die sondierenden Parteien, einen „menschenrechtskonformen Flüchtlingsschutz“ im Koalitionsvertrag zu verankern. Das offenbar vorrangige Bestreben nach einer „Beschleunigung der Verfahren“ wird hiermit implizit zurückgewiesen, sobald durch effizientere Maßnahmen „legale Wege“ wie etwa bei der Inanspruchnahme des Asylrechts gefährdet sind. Stattdessen rücken beide NGOs die humanitären und rechtsverbindlichen Ansprüche der Schutzsuchenden in den Vordergrund und fordern, dass sich daran alle weiteren organisatorischen Maßnahmen orientieren müssen:

„Grenzverfahren in großen Lagern an den europäischen Außengrenzen dürfen nicht europarechtlich verankert werden. In Deutschland muss das Recht, als Familie zusammenzuleben, auch wieder für subsidiär Geschützte gelten. Die neue Bundesregierung muss zudem die AnkER-Zentren[21] abschaffen, so faire Asylverfahren gewährleisten und eine auf Integration ausgerichtete Flüchtlingspolitik mit einer Bleibeperspektive umsetzen.“

Demnach sollen im Koalitionsvertrag folgende Ziele vereinbart werden:

- Faire und rechtstaatliche Asylverfahren,
- das Recht auf Familiennachzug für alle Schutzberechtigten,
- ein Stopp von Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete sowie
- der Zugang zu individuellem Asylrecht an den EU-Außengrenzen.

Ähnliches erwarten Flüchtlingsinitiaven wie *Adopt a Revolution*, *Flüchtlingsrat Berlin*, *Leave no One Behind, SeaWatch* und *Seebrücke* von der neuen Regierung und berufen sich dabei auf die jüngste Vergangenheit: die überhasteten Evakuierungen aus Kabul und die zuvor skrupellos durchgeführte Abschiebepraxis nach Afghanistan. Dementsprechend fordert die Petition Aufnehmen statt Abschieben! Aus Fehlern in Afghanistan lernen! eine „Beendigung von Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete, keine geschönten Lageberichte, Schutz und Rückhalt für Menschen, die sich unter Gefahr für Demokratie und Menschenrechte einsetzen“ sowie “legale und sichere Fluchtwege statt abgeriegelte Grenzen“.

21 Die Bezeichnung AnkER ist eine Abkürzung für „Ankunft, Entscheidung und Rückführung”. In AnkER Zentren müssen sich Schutzsuchende aufhalten, bis ihr Asylantrag positiv beschieden wurde und sie ausziehen dürfen oder nach Ablehnung ihres Asylantrags freiwillig ausreisen bzw. direkt aus dem AnkER-Zentrum abgeschoben werden.

Atomare Abrüstung, Senkung des Rüstungsetats, Waffenexportkontrollgesetz

Am Ende des zwölfseitigen Sondierungspapiers wird auch auf die künftige Außen- und Sicherheitspolitik mit folgenden Aussagen eingegangen:

„Die deutsche Außenpolitik soll künftig aus einem Guss agieren und ressortübergreifend gemeinsame Strategien erarbeiten. Ziel ist eine multilaterale Kooperation in der Welt, insbesondere in enger Verbindung mit denjenigen Staaten, die unsere demokratischen Werte teilen. Dabei geht es auch um den Systemwettbewerb mit autoritären Staaten und Diktaturen. Wir wollen eine Nationale Sicherheitsstrategie vorlegen (...)
Wir brauchen eine abrüstungspolitische Offensive und wollen eine führende Rolle bei der Stärkung internationaler Abrüstungsinitiativen und Nichtverbreitungsregimes einnehmen. Für eine restriktive Rüstungsexportpolitik brauchen wir verbindlichere Regeln und wollen daher mit unseren europäischen Partnern eine entsprechende EU-Rüstungsexportverordnung abstimmen.“ (S.12)

Diese Aussagen – insbesondere zur „ multilateralen Kooperation“ und „Stärkung internationaler Abrüstungsinitiativen“ – geben Anlass, hierzu wesentlich verbindlichere Zielsetzungen als bislang vereinbart einzufordern. Dies ist bereits am 4.10. in einem Offenen Brief geschehen, der vom *Netzwerk Friedenskooperative* unter dem Motto „Das Atomwaffenverbot muss in den Koalitionsvertrag!“ verbreitet und von mehr als 40 Friedensorganisationen unterstützt wurde. Darin heißt es unter anderem:
„(…) Das Wahlergebnis wird allgemein als Auftrag zur Modernisierung verstanden. Dazu gehört auch ein neuer Ansatz in der Außen- und Verteidigungspolitik. Als Verbund deutscher ICAN-Partner und befreundeter Organisationen setzen wir uns dafür ein, dass zeitgemäße, kooperative Sicherheitspolitik und atomare Abrüstung unter dem Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) einen besonderen Platz im Koalitionsvertrag bekommen (…).“

Mit folgenden drei Forderungen wenden sich die NGOs an die künftige Regierung: Sie soll

- dem Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) beitreten und sich zunächst als beobachtende*r Teil nehmer*in an der im März 2022 stattfindenden Vertragsstaatenkonferenz zum AVV beteiligen,
- die Beschaffung neuer Atomwaffen-Trägerflugzeuge für die Bundeswehr beenden sowie
- sich für den Abzug aller US-Atombomben aus Deutschland einsetzen.

Parallel zu diesem Vorstoß hat das *Forum Ziviler Friedensdienst* (ZFD) fünf Prioritäten zur Stärkung ziviler Krisenprävention und Friedensförderung formuliert, die im Koalitionsvertrag festgehalten werden sollen. Demnach soll sich die nächste Bundesregierung

- „dafür eintreten, weltweit die Rüstungsetats um 10% zu senken, damit in allen Staaten mehr Mittel für Klimaschutz und die Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie zur Verfügung

stehen“ und „diese Vorgabe im Laufe der Legislaturperiode“ auf den eigenen Verteidigungsetat anwenden,

- „eine umfassende und schonungslose Aufarbeitung des zwanzigjährigen Afghanistaneinsatzes durchführen und entsprechende Lehren für die Neuausrichtung deutschen Engagements in Krisen und Konflikten ziehen“ (…)
- „ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz auf den Weg bringen, das Lieferungen an Drittstaaten ausschließt und Exporte streng kontrolliert.“
- „den Beitritt Deutschlands zum Vertrag zur Ächtung von Atomwaffen vollziehen und den Beschluss des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2010 umsetzen, die in Deutschland stationierten Atomwaffen abzuziehen.“[22]

Europäische Haushaltspolitik

Von entscheidender Bedeutung wird auch sein, mit welcher Ausrichtung die nächste Regierung sich über die beschriebenen energie-, migrations- und sicherheitspolitischen Weichenstellungen hinaus den haushaltspolitischen Herausforderungen in der Europäischen Union (EU) stellen wird. Hierzu heißt es im Sondierungspapier nur vage:

„Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat seine Flexibilität bewiesen. Auf seiner Grundlage wollen wir Wachstum sicherstellen, die Schuldentragfähigkeit erhalten und für nachhaltige und klimafreundliche Investitionen sorgen.“ (S.11)

Inzwischen geht es darum, wie sich ein mühsam unter dem Diktat der Pandemie eingeleiteter Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik der EU fortsetzen lässt. In diesem Punkt, Deutschlands künftiger Einstellung zur europäischen Fiskalpolitik, scheiden sich momentan die Geister – und es ist kein Geheimnis, dass hierbei hinter verschlossenen Türen auch um Personalien gerungen wird.

Am 28.Oktober plädierten der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph E. Stiglitz und britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze in der ZEIT für eine Besetzung des Finanzministeriums mit Robert Habeck als Minister und Sven Giegold als Staatssekretär. Die Argumentation der beiden angesehenen Experten hat hohes Gewicht im Hinblick auf das Renommee der künftigen Regierung:

22 Ergänzungen zu den hier dokumentierten Forderungen enthält ein von Tobias Schulze mit dem Friedensexperten von Greenpeace Alexander Lurz durchgeführtes Interview über die Zukunft der deutschen Verteidigungspolitik: „In jedem Krieg findet man deutsche Rüstungsgüter!“ (taz 6./7.11.2021). Dabei geht es nicht nur um eine Abkehr von der NATO-Vorgabe, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Militär auszugeben, sondern auch um weitere zentrale Fragen wie etwa nach einer durchgreifenden Endverbleibskontrolle für alle exportierten Waffen, einer strikten Regelung zur künftigen Beteiligung von EU-Staaten an Rüstungsprojekten sowie nach einer Verhinderung der Entwicklung vollautomatischer Waffensysteme. Abschließend hebt Lurz die friedenspolitische Signalwirkung hervor, die ein Abzug der „mutmaßlich 20 in Deutschland noch lagernden Atombomben“ hätte.

Siehe auch Anja Dahlmann, Oliver Meier, Michael Brzoska, Ulrich Kühn, Abrüstungsoffensive, IPG 10.11.2021

Zunächst stellen Stieglitz und Tooze fest, dass eine ernsthafte Klimapolitik ohne eine Kontrolle des Finanzministerium unmöglich sei. Deshalb sollten die Grünen als zweitgrößte Partei den „zweitwichtigsten Posten der Regierung besetzen." Stiglitz und Tooze führen hierzu näher aus:

„Das Finanzministerium ist deshalb so wichtig, weil es im Gegensatz zu allen anderen Ministerien technische und politische Macht sowie nationale und internationale Aufgaben in sich vereinigt (…) Nach dem Amt des Bundeskanzlers ist der Posten des Finanzministers derjenige, der für Deutschlands tagtägliche Außenbeziehungen die größte Bedeutung hat. (…) Deutschland hat sich dafür entschieden, an allererster Stelle eine Wirtschaftsmacht zu sein, deshalb ist das Finanzministerium so wichtig – und zwar auf drei Ebenen: der europäischen, der globalen und der transatlantischen.
Mit Blick auf Europa gilt: Die Euro-Zone ist unvollendet. Es gibt eine gemeinsame Währung, aber keine gemeinsame Haushaltspolitik. Die demokratische Legitimierung durch das Parlament ist unvollständig. Es fehlt offenbar der politische Wille, dieses Konstrukt durch eine Ergänzung der europäischen Verträge zu vervollständigen. Ob Europa funktioniert, hängt von der Qualität des politischen Managements im Tagesgeschäft ab."

Vor diesem Hintergund weisen beide Experten darauf hin, dass „unter Wolfgang Schäuble das Berliner Finanzministerium im Rest Europas den Ruf " erlangt habe, „mit seinem Beharren auf strengen Sparvorgaben die Krisentendenzen der Währungsunion zu verschärfen. Von Olaf Scholz seien hingegen „die richtigen Impulse" ausgegangen, so dass „2019 bei der Arbeitslosenversicherung und Bankenunion Fortschritte" erzielt worden seien. Zudem sei 2020 weitgehend im Finanzministerium darüber verhandelt worden, wie der Wiederaufbaufonds die europäische Wirtschaft stabilisieren könne. Dieser habe dann „gleichzeitig die Tür zu einer gemeinsamen Haushaltspolitik" geöffnet.

Beide Verfasser heben anschließend hervor, dass Deutschland in großem Maße von seiner Position in Europa profitiert habe, und ziehen daraus den Schluss: „Was Europa benötigt, ist ein deutscher Finanzminister, der weiß, dass es für Länder mit gewaltigem Exportüberschuss wichtig ist, dass es den Handelspartnern gutgeht. Ein Finanzminister, der weiß, dass es bei finanzieller Nachhaltigkeit nicht einzig auf die Höhe der Schulden ankommt, sondern auch auf die Höhe des Bruttoinlandsprodukts. Ein Finanzminister, der weiß, dass Respekt nicht nur für die heimischen Wähler und Wählerinnen reserviert sein sollte, sondern dass er für Finanzverhandlungen auf europäischer Ebene ganz genauso gilt."

Diesen Hinweisen schließt sich eine unmissverständliche Warnung an die Ampel-Koalition ebenso wie an andere Regierungsbündnisse an:

„Die größte Bedrohung für Europas Demokratie ist (…) eine unangemessene und zum falschen Zeitpunkt durchgesetzte Haushaltsdisziplin, die ein Minderheitsbündnis von ‚Nordstaaten' einer

Mehrheit der europäischen Wählerschaft zwangsverordnet. Für Deutschland wäre es katastrophal, sich an die Spitze eines solchen Bündnisses zu stellen, wie es die FDP versprochen hat. Den nationalistischen Populisten in Italien könnte nichts Besseres passieren als eine öffentlichkeitswirksame Auseinandersetzung mit dem deutschen Finanzministerium. Das wäre fatal für Italien, schlecht für Europa und schlecht für Deutschland."[23]

Ausblick

Diese Dokumentation ist vor allem in der Absicht verfasst worden, die Vielstimmigkeit an Interventionen aus der Zivilgesellschaft, deren Resonanzraum vielfach auf fragmentierte Netzöffentlichkeiten begrenzt ist, zusammenzuführen und einem breiteren öffentlichen Diskurs zugänglich zu machen. Daraus ergibt sich die Chance, zu späteren Zeitpunkten die Koalitionsbeschlüsse mit jenen Ansprüchen und „Maßnahmepaketen" zu vergleichen, die von Expert*innen und engagierten Akteur*innen in die Sondierungs- und Verhandlungsprozesse eingebracht worden sind.

Viele der hier dokumentierten Eingaben nehmen zentrale Themenfelder in den Blick, die sich auf eine erträgliche und lebenswerte Zukunft auf nationalstaatlicher, europäischer und internationaler Ebene beziehen: Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit, industrieller Umbau und Armutsbekämpfung, Selbstbehauptung moderner Demokratien gegenüber totalitären und ökonomischen Übergriffen, globaler Lastenausgleich und Sicherung des Weltfriedens.

Diese und weitere Schlüsselprobleme entschieden in Angriff zu nehmen, wird nicht nur Aufgabe der neuen, sondern auch nachfolgender Regierungen sein. Denn mit den beschriebenen Initiativen und Reformvorschlägen sind vielfach Sofortmaßnahmen verbunden, die eine langfristige politische „Nachsorge" über mehrere Legislaturperioden hinweg erforderlich machen. Deshalb dürfte eine dokumentarische Zusammenführung progressiver Eingaben und Initiativen auch für ihre Urheber*innen, die um Aufmerksamkeit ringenden NGOs, Sozialverbände, interventionistischen Milieus und ihre Sachverständigen von Interesse sein. Denn fortan sollte es darum gehen, zivilgesellschaftliche Einflussnahmen noch geschickter und wirkungsvoller als bisher zu

23 Joseph E.Stieglitz, Adam Tooze, Es wäre ein Fehler, ihm seinen Wunsch zu erfüllen . Christian Lindner wäre als Finanzminister ungeeignet – dafür aber ein guter Minister für Digitales. Die Zeit Nr.44, 28.10.2021

Ausgehend von dieser Einschätzung wird damit zu rechnen sein, dass eine Regierung mit Christian Lindner als Finanzminister auf große Widerstände stoßen wird: aus dem europäischen Parlament, vom Europäischen Gewerkschaftsbund und seitens der südlichen Nachbarstaaten. Vgl. Eric Bonse, EU-Debatte um Haushaltsregeln. Einschnitte versus Investitionen taz 20.10.2021, Rainer Wandler u.a., Der neue Nachbar. Europas Blick auf Ampelkoalition , taz 23.10.2021.

Weiterführende Lösungsvorschläge zum Streitthema „Fiskalregeln in der EU" – vgl. Dominika Biegon, Ein pragmatischer Kompromiss für die europäische Schuldendebatte , Onlineportal Makronom, 4.11.2021

koordinieren und zu diesem Zweck auch die Vorhaben anderer Akteure genauer zu beachten.[24]

Dies ist in manchen Fällen auch von der Sache her geboten, wie folgendes Beispiel zeigt: Die Forderung nach verstärktem Neubau von bezahlbaren Wohnungen, die vor allem von Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden erhoben wird, steht im Zielkonflikt zu einer anderen Erwartung: die Bodenversiegelung schleunigst zu stoppen und den Gebrauch klimaschädlicher Baustoffe so weit wie möglich einzuschränken.[25] Diese Diskrepanz aufzulösen, ist nicht nur Aufgabe der Parteien, sondern ebenso von sachverständigen Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft, die in dieser Frage eine „Vorreiterrolle“ spielen könnten.

Derzeit übernehmen Aktivist*innen diese Rolle in Lützerath. Mit ihrer Präsenz vor Ort erhöhen sie nach dem Motto „Klimaschutz muss erkämpft werden“[26] den Handlungsdruck auf SPD, Grüne und FDP, ihren Sondierungsbeschluss zum Kohleausstieg sofort umzusetzen. Die drei Parteien müssten nun, um halbwegs glaubwürdig zu bleiben, der nordrhein-westfälische Landesregierung untersagen, dass sie das Vorhaben des Energiekonzerns RWE, den Kohletagebau Garzweiler II zu vergrößern, weiterhin genehmigt.

Ebenso ist hoher Verhandlungsdruck mit vielen der dokumentierten Forderungen insbesondere zur künftigen Klimapolitik verbunden. Wenn *Oxfam* etwa von der neuen Regierung verlangt, das Zieljahr 2045 für ein klimaneutrales Deutschland nach vorne zu verlegen, so ist dies der Tatsache geschuldet, dass keine der drei Parteien in den Wahlprogrammen ausreichend ambitionierte Klimaschutzziele vorgelegt hat.[27]

Die neue Regierung könnte jedoch abweichend von den Koalitionsbeschlüssen ihre sozial- und klimapolitischen Ziele jederzeit nachbessern und ihre aktuelle Agenda verändern. Anlässe dafür gibt es genug:

- die wachsenden Ungleichheiten zwischen Einkommen und Vermögen insbesondere in den neuen Bundesländern,[28]
- die fortdauernde Privatisierung von Gewinnen und Sozialisierung von Verlusten,
- verfassungswidrige Begünstigungen von Milliardären bei der Erbschaftssteuer,
- brachliegende Einnahmequellen, wie sie sich etwa durch die Einführung einer Luxussteuer bei hochpreisigen Produkten und einer Finanztransaktionssteuer erschließen lassen, die auch auf

24 Vgl. Martin Zülch, Synergiedefizite Heinrich Böll Stiftung Bremen, 21.7.2021

25 Vgl. Katja Dombrowski Unterm Asphalt ist kein Leben, klimareporter 14. Oktober 2019

26 Katharina Schipkowski, Nicht einmal ein Mindestmaß an Symbolpolitik, taz 1.11.2021

27 Vgl. Susanne Schwarz, 1,5, Grad? Kein Plan, taz 24.9.2021, DIW Econ, Wie viel Klimaneutralität steckt in den Wahlprogrammen? 9.9.2021, Konzeptwerk Neue Ökonomie, Ist Klima-Gerechtigkeit wählbar?

28 Vgl. Bernd Martens, Ronald Gebauer, Einkommen und Vermögen – wachsende Ungleichheiten, 17.8.2020, Bundeszentrale für politische Bildung

den Handel mit Aktien, Anleihen, Devisen und Derivaten erhoben wird,[29]

- die alarmierenden Befunde, die in dem zeitnah zum G20-Gipfel und der UN-Weltklimakonferenz in Glasgow erschienenen Bericht der internationalen Partnerschaft Climate Transparency nachzulesen sind. Der Climate-Transparency-Report gelangt zum Ergebnis, „dass die bisherigen Fortschritte aller G20-Staaten deutlich zu klein seien, um das 1,5 Grad-Limit des Pariser Klimaabkommens einzuhalten. Die Lage habe sich nach Abflauen der Corona-Pandemie sogar noch verschlimmert. Erstens steigen die Emissionen überall und drohen zum Teil die Werte von 2019 sogar zu übertreffen. Zweitens ist bisher nur ein Bruchteil der Corona-Wiederaufbauhilfen in nachhaltige Bereiche investiert worden (300 Milliarden von 1,8 Billionen US-Dollar).“[30]
- die leidenschaftlichen Appelle des UN-Generalsekretärs António Guterres, nun endlich die Subventionen für fossile Brennstoffe einzustellen, die Kohleförderung zu beenden und einen verbindlichen Preis für sämtliche Emissionen festzulegen: „Es ist an der Zeit, zu sagen: Genug!“
- die nicht mehr zu übersehenden Alarmzeichen – Dürren in Afrika, Waldbrände in Kalifornien, Buschfeuer in Australien, aufplatzende Frostböden in Sibirien, Orkane in Osteuropa, Überschwemmungen in Westdeutschland – als Vorboten der Katastrophe.[31]

Vor diesem Hintergrund muss allerdings auch gefragt werden, wie sich eine Ampel-Koalition selbst in die Lage versetzen könnte, mit klaren und verlässlichen Leitplanken eine ökologisch wirksame und sozial ausbalancierte Wende herbeizuführen. Eine Antwort darauf lautet, dem Klima-Expertenrat mehr Kompetenzen zu verleihen[32], eine andere, noch weitreichendere, die Entscheidungsbefugnisse in der Regierung neu zu verteilen – mit dem Ziel, Maßnahmen wie etwa eine Reduzierung der Kohleverstromung oder Revision des Bundesverkehrswegeplans deutlich schneller und konsequenter durchführen zu können. Dies könnte, wie der Umweltredakteur der taz Bernhard Pötter vorgeschlagen hat, ein Ministerium für Klima und Transformation bewerkstelligen, das befugt ist, das gesamte Regierungshandeln auf Klima- und Naturschutz zu verpflichten.[33]

Diese Idee ist nicht ganz neu: Bereits vor einem Jahr wiesen der Wissenschaftsjournalist Dirk Steffens und Zeit-Redakteur Fritz Habekuss in ihrem Spiegel-Bestseller „Über Leben“ darauf hin, dass mit einer Reform des Paragrafen 26 der Geschäftsordnung der Bundesregierung das so

29 Vgl. Richard David Precht, jung und naiv Folge 537

30 Germanwatch, Deutschland weit entfernt von Klima-Vorreiterrolle in G20, Pressemitteilung vom 14.10.2021

31 Vgl. Florian Harms, Auf Kamikazekurs, Kommentar zur Klimakonferenz (COP 26), t-online, 2.11.2021

32 Anzeige Jetzt anpacken – die Zeit rennt! der Umweltverbände BUND, Deutsche Umwelthilfe, DNR, Germanwatch, Greenpeace, NABU und WWF sowie der Kampagnen-Plattform Campact in der FAZ, SZ und taz vom 3.11.2021

33 Bernhard Pötter, Vollgas statt Tempolimit. Die Ampelkoalition braucht eine ganz neue Klimapolitik. Sie muss Chefsache mit Vetomacht sein – und sehr detailliert. taz 23./24.2021

genannte Vetorecht, das bei allen Etat-Beschlüssen bislang dem Finanzministerium vorbehalten war, auch auf das Umweltministerium übertragen werden könne. Dieses wäre dann ebenso befugt, sämtliche Regierungsentscheidungen auf ihre Vereinbarkeit mit ökologischen Nachhaltigkeitskriterien zu überprüfen und im Falle ihrer Unvereinbarkeit rückgängig zu machen.[34]

Dass sich Ideen und Vorschläge aus der Zivilgesellschaft bereits auf das institutionelle Reglement künftiger Regierungsgeschäfte erstrecken, ist bemerkenswert. Es zeigt die Ernsthaftigkeit, wie hier im vorparlamentarischen Raum über Lösungswege nachgedacht wird. Auch daraus kann früher oder später Verhandlungsdruck entstehen, sobald klar wird, dass sich die Herkulesaufgabe, Klimaneutralität in 24 oder noch weniger Jahren zu erreichen, nur durch sehr entschiedenes Regierungshandeln lösen lässt.

Dieses wird auch in dem Appell Wir erwarten Großes von Ihnen! vom *Bürgerrat Klima* erwartet – einem unter der Schirmherrschaft des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler einberufenen Gremium, das sich bundesweit aus 160 zufällig ausgewählten Bürger*innen zusammengesetzt und weitgehend ein „Minideutschland“ repräsentiert hat. Die Teilnehmer*innen ließen sich ausführlich klimawissenschaftlich beraten und haben in zwölf Sitzungen 80 Empfehlungen und 10 übergeordnete Leitsätze zur Frage ausgearbeitet, wie sich das 1,5 Grad Ziel doch noch erreichen lässt.

Der am 2.November veröffentlichte Appell endet mit dem an die Politik gerichteten Mahnruf „Wir erwarten Großes von Ihnen!“ Eine erste Probe aufs Exempel dürfte dafür sein, ob SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auf das Bürgergutachten überzeugend eingehen werden oder ob sie dieses in ihren Beschlüssen unbeachtet lassen. Damit steht zugleich die spannende Frage im Raum, ob sich die drei Parteien an ihren Vorsatz halten werden, auch eine Zusammenarbeit mit engagierten zivilgesellschaftlichen Kräften anzustreben, die, wie hier gezeigt, für dieses Ansinnen schon eine Vielzahl an brisanten Themen bereithält.

Bei alledem ist zu bedenken, dass sich Parlament und Regierung auch weiteren gravierenden Herausforderungen stellen müssen, die direkt oder indirekt mit der Erderwärmung zusammenhängen und deren Ausmaß wahrscheinlich bislang noch zu wenig Beachtung gefunden hat. So wird man sich früher oder später auch mit folgenden Fragen intensiv befassen müssen:

- Wie lässt sich die weitere Digitalisierung in klimaverträgliche und ressorcenschonende Bahnen lenken?[35]
- Wie kann eine Wachstumswende ohne fortwährende Rebound-Effekte und Zuwachsraten angebahnt werden?

34 Vgl. Dirk Steffens, Fritz Habekuss, Über Leben, München 2020, S.224 ff.

35 SWR, Weltweiter Stromfresser. In diesem Ausmaß verbraucht die Digitalisierung Energie, 21.1.2021

- Wie lässt sich ein auf das eigene Land bezogener und globaler Lastenausgleich zur Armuts- und Fluchtursachenbekämpfung finanziell schultern und die dafür nötige Akzeptanz in der Bevölkerung erreichen?
- Wie kann verhindert werden, dass der Umbau des Energiesektors im globalen Norden nicht zu einer Ausweitung neokolonialer Ungleichheiten im globalen Süden beiträgt und dort die ökologische und soziale Nachhaltigkeit bedroht?[36]
- Wie können die fortgeschrittensten klimaverträglichen Technologien schnellstmöglich in jenen Schwellen- und Entwicklungsländern zum Einsatz gelangen, wo die höchsten Wachstumsemissionen in den nächsten Jahren erzeugt werden?[37]
- Wie lässt sich einer menschenrechtskonformen Migrations-, Friedens- und Entspannungspolitik in einer höchst instabilen Welt mehr Durchsetzungskraft verleihen?

Bei diesen und den in der Bestandsaufnahme aufgeführten Themen zeichnen sich bereits Konfliktlinien zwischen dem künftigen Regierungshandeln und zivilgesellschaftlichen „Interventionismus“ ab. Deutlich wird jetzt, dass sich nach dem teilweise enttäuschenden Wahlausgang die NGO- und Kampagnenszene mit ihren Stellungnahmen und Forderungen wieder auf eines ihrer wichtigsten Aufgabenfelder konzentriert: Entscheidungsprozesse zu kontrollieren, richtungweisende Impulse zu setzen, Willensbildungen anzustoßen und nicht zuletzt vor weiteren gefährlichen Entwicklungen zu warnen.[38] Ob und inwieweit dieses zivile Engagement im außerparlamentarischen Raum bei der künftigen Regierung, vor allem aber auch im neu zusammengesetzten Bundestag ankommt, wird sich zeigen.

Stand: 10.11.2021

36 Astrid Becker, Schon wieder ausgebeutet. Bisher geht die Energiewende des Nordens auf Kosten der Indigenen und der Natur im globalen Süden. Das muss sich ändern – Lösungsvorschläge gibt es. IPG 11.9.2021

37 Vgl. Krisha Kops, Patente Lösungen. Die herrschende Patentlogik setzt klimaschädliche Anreize. Mit einem neuen globalen Fonds könnten alle Staaten in CO2-arme Technologie investieren. taz 2.11.2021

38 Zur Polyfunktionalität des Kampagnen-Aktivismus vgl. Martin Zülch, Klick-Aktionismus oder Anstiftung zu solidarischem Handeln? S.35 ff. Berlin 2021

Update vom 19.November: Der Erwartungsdruck wächst

Nach Beendigung der Dokumentation „Verhandlungsdruck von unten“ haben mehrere NGOs erneut interveniert – nicht mehr nur aus der Ferne in Form von Petitionen, Aufrufen und Pressemitteilungen, sondern auch direkt vor Ort: vor der SPD-Parteizentrale und rheinland-pfälzischen Landesvertretung, dem Tagungsort der Ampel-Parteien im Berliner Regierungsviertel. Dies geht aus mehreren am 19.November verbreiteten Newslettern und am folgenden Tag erschienenen Presseberichten hervor.

Kein Greenwashing für Gas und Atom

Die Anti-Atomkraft-Organisation NGO *.ausgestrahlt* teilt mit, dass sie am 18.November gemeinsam mit dem *BUND, urgewald*, dem *Umweltinstitut München* und der *Bürgerbewegung Finanzwende* eine Protestaktion vor dem Willy-Brandt-Haus in Berlin durchgeführt hat. Das Motto hieß „Laut sein gegen Greenwashing – kein Ökolabel für Gas und Atom” und war mit dem Appell „Wach auf, Olaf Scholz! Rette den Europäischen Green Deal!“ verbunden. Mit einer lautstarken und kreativen Aktion wurde der künftige Kanzler dazu aufgefordert, sich sofort bei der Europäischen Kommission gegen die Einstufung von Atomkraft und fossilem Gas als nachhaltige Investition stark machen und damit zu verhindern, dass die Energiewende für Jahre durch eine falsche Weichenstellung ausge-bremst wird. Begründet wurde dieser Protest in einer gemeinsame Presseerklärung, die am 18.11. unter dem Titel Kein grüner Anstrich für Atom und fossiles Gas. Zivilgesellschaft fordert von Olaf Scholz sofortige Intervention bei der Europäischen Kommission verbreitet worden ist.

Außerdem weist .ausgestrahlt darauf hin, dass der Aktion ein Offener Brief an Olaf Scholz von 129 Umweltorganisationen mit internationaler Reichweite vorausgegangen sei. Darin fordern die NGOs den kommenden Kanzler auf, „sich gegen die Aufnahme von Atomkraft und fossilem Gas in die neue Taxonomie einzusetzen und diese Haltung auch gegenüber der EU-Kommission und Ursula von der Leyen zu vertreten.“

Ferner sei es durch verschiedene Aktivitäten in den vergangenen Monaten gelungen, „das sperrige Thema Taxonomie auch in die Massenmedien zu bringen, ob satirisch in der ‚heute-show‘ des ZDF oder als klare Forderung an Scholz und von der Leyen bei ‚Zeit-Online‘.“

Verbot der Betriebsgenehmgung für Nord Stream 2

Seit August 2020 klagt die *Deutsche Umwelthilfe* (DUH) vor dem Oberverwaltungsgericht Greifswald auf Überprüfung der Betriebsgenehmigung für die Erdgas-Pipeline Nord Stream 2. Zum Stand der Auseinandersetzung teilt der Umweltverband mit, dass am 16.November das Gericht die von der DUH empfohlene Sicherheitsmaßnahme, die Klimafolgen von Nord Stream 2 umfassend neu überprüfen zu lassen, nach längerer Beratung abgelehnt hätte. Zugleich sei jedoch der

Forderung zugestimmt worden, dass deutsche Behörden bei entsprechenden Projekten die weltweiten Klimafolgen beachten müssen.

Vor dem Hintergrund dieser widersprüchlichen Rechtslage fordert nun die DUH die Ampel-Parteien dazu auf, die Inbetriebnahme der Pipeline zu verbieten. Sie beruft sich dabei auch auf die am 16.11. bekannt gegebene Entscheidung der Bundesnetzagentur, die Betriebsgenehmigung für Nord Stream 2 für unbestimmte Zeit auszusetzen, weil die Betreibergesellschaft wichtige Bedingungen für einen unabhängigen Netzbetrieb noch nicht erfüllt habe.

Die Ablehnung der Pipeline begründet die DUH mit folgenden Argumenten: Nord Stream 2 würde jährlich nicht nur mehr als 100 Millionen Tonnen CO_2 verursachen, sondern nach neuen Untersuchungen ebenso Methan-Emissionen in deutlich höherem Ausmaß als bisher angenommen. Deshalb müsse der unkontrollierte Methanaustritt bei der Pipeline – mögliche Lecks bei Förderung, Transport und Verarbeitung von Erdgas – überprüft werden. Denn Methan sei der Hauptbestandteil von Erdgas und langfristig, über 20 Jahre betrachtet, um das 83fache klimaschädlicher als CO_2.[39]

BUND-Aktion zur Zukunft der Landwirtschaft

Der BUND präsentiert ein Video, auf dem zu sehen ist, wie am 19.11. mehrere an den Hauptverhandlungen beteiligte Politiker*innen dazu aufgefordert werden, sich tatkräftig für eine ökologische, sozial gerechte und zukunftsfähige Agrarpolitik einzusetzen: Auf Transparenten und Plakaten sind in auffälliger Form zentrale Erfordernisse wie „Umbau der Nutztierhaltung“, „Artensterben stoppen“ oder „Gentechnik kennzeichen“ wiedergegeben. Gleichzeitig wird dem Spitzenpersonal der drei Parteien der Appell „Zukunft der Landwirtschaft“ mit auf den Weg gegeben, für den bereits mehr als 28.000 Unterschriften gesammelt wurden. Anschließend plädiert die Hauptgeschäftsführerin des BUND Antje von Broock für die Durchsetzung einer Landwirtschaft, „die allen guttut: den Bäuerinnen und Bauern, den Verbraucher*innen, den Tieren und der Natur.“

Fridays For Future-Proteste

Bereits am 22.Oktober fand in Berlin anlässlich der Koalitionsverhandlungen ein zentraler Klimastreik mit rund 20.000 Teilnehmer*innen statt, bei dem unter anderem ein Baustopp für Autobahnen und Bundesstraßen, die Abschaffung fossiler Subventionen, ein Kohleausstieg bis 2030 sowie ein Zulassungsstopp für Verbrennermotoren ab 2025 gefordert wurde.[40]

---

39 Weiterführende Informationen – siehe DUH, Nordstream 2

40 Vgl. Malte Kreuzfeld, Bernhard Pötter, Was Deutschland besser machen muss, taz 20./21.11.2021.
Die Autoren erläutern die Auswirkungen der Konferenzbeschlüsse in Glasgow auf die künftige Regierungspolitik.

Am 19. November gibt Fridays for Future (FFF) bekannt, dass erneut in mehreren Städten Aktionen anlässlich der Koalitionsverhandlungen durchgeführt werden. Am gleichen Tag versammeln sich vor der rheinland-pfälzischen Landesvertretung rund 100 Menschen, die von der künftigen Regierung erwarten, dass sie geeignete Maßnahmen zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels ergreift. Clara Duvigneau von FFF erklärt, dass Klima und soziale Gerechtigkeit anstelle von Profiten und Wachstum in den Mittelpunkt der Politik gerückt werden müssten.[41]

Grundsicherung für ein Leben in Würde

Helena Steinhaus von der Initiative *Sanktionsfrei e.V.* berichtet in ihrem Newsletter, dass sie am 18.11. Ricarda Lang, der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Grünen, die Petition „‚Bürgergeld' muss mehr sein als ein anderes Wort für Hartz IV!" mit mehr als 60.000 Unterschriften überreicht hat. Hierzu stellt Frau Lang, die in der Grundsicherung-Arbeitsgruppe mitverhandelt hat, in einem Video-Statement klar, dass eine „Grundsicherung allen Menschen Teilhabe und ein Leben in Würde ermöglichen" müsse und deshalb Sanktionen ausgeschlossen seien.

Der Verband Sanktionsfrei e.V. zieht daraus den Schluss, dass sich die Grünen mit Ricarada Lang klar gegen Sanktionen und für eine menschenwürdige Erhöhung des Regelsatzes positioniert hätten, während die FDP das Hartz-IV-System in entbürokratisierter Form beibehalten wolle. Deshalb würde man jetzt von der SPD „eine echte Abkehr vom demütigenden Hartz-IV-System und eine menschenwürdige Grundsicherung" erwarten.

Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit an Europas Grenzen verteidigen

Am gleichen Tag nimmt die Menschenrechtsorganisation *Pro Asyl* zur unerträglichen Situation an der polnisch-belarussischen Grenze Stellung:

„Nach Erdogan ist Lukaschenko der nächste Autokrat, der Schutzsuchende für politische Zwecke instrumentalisiert. Aber erpresst werden kann die EU nur, weil sie ihre eigenen Werte verrät, Grenzen schließt, den Zugang zum Recht auf Asyl blockiert. Auch jetzt sprechen die politisch Verantwortlichen nur von neuen Mauern und Stacheldraht. Sie sind offenbar bereit, die eigenen europäischen Grundwerte wie Menschenrechte und Humanität über Bord zu werfen."

Pro Asyl fordert nun von der künftigen Bundesregierung, „die Rechtsstaatlichkeit an Europas Grenzen entschlossen zu verteidigen, anstatt illegale Pushbacks zu legitimieren." Die NGO weist auf das im Sondierungspapier festgehaltene Bekenntnis „zur humanitären Verantwortung" hin, „die sich aus dem Grundgesetz, aus der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der Europäischen Menschenrechtskonvention ergibt." Ferner nimmt Pro Asyl auf die hier vereinbarte Zielsetzung

41 Fridays for Future, PM: Fridays For Future-Proteste anlässlich der Koalitionsverhandlungen, 19.11.2021
„Wir hatten die Nase auch mal richtig voll", Süddeutsche Zeitung, 20.11.2021

Bezug, zusammen mit den europäischen Partnern Anstrengungen zu unternehmen, „das Sterben auf dem Mittelmeer genauso wie das Leid an den europäischen Außengrenzen zu beenden“.

Dass diesen Worten auch Taten folgen müssen, wird zusätzlich im Appell Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit an Europas Grenzen verteidigen! angemahnt, der am 29.Oktober von Pro Asyl und fünf weiteren europäischen Organisationen verabschiedet worden ist. Von der neuen Regierung wird erwartet,

Zugänge zu Asylverfahren und menschenwürdigen Unterbringungen zu ermöglichen und damit den Werten, auf die sich die EU gründet, zu entsprechen, die Europäische Kommission zu veranlassen, gegen Polen, Kroatien und Griechenland Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten und ebenso gegen Menschenrechtsverletzungen anderer Mitgliedsstaaten im Bereich Asyl und Migration vorzugehen, einen wirksamen Kontrollmechanismus einzurichten, der unangekündigte Besuche an Grenzen sowie die Strafverfolgung von Täter*innen ermöglicht, jegliche Unterstützung des Grenzregimes in Polen, Kroatien, Griechenland und anderer Staaten einzustellen, die an ihren Grenzen Völkerrecht missachten, auf Menschenrechtsverletzungen bei Frontex-Operationen entschlossen zu reagieren, d.h. die Finanzierung und den Einsatz von EU-Grenzschutzbeamten auszusetzen, wenn diese interna-tionale Menschenrechtsstandards missachten, ein ziviles EU-Seenotrettungsprogramm zu vereinbaren, mit dem das Sterben auf dem Mittel meer beendet und Bootsflüchtlingen eine menschenwürdige Aufnahme sowie Zugang zu fairen Asylverfahren gewährt wird, sichere und reguläre Fluchtwege nach Europa zu schaffen sowie die Zusammenarbeit mit der ‚libyschen Küstenwache‘ und den damit fortwährenden Völkerrechtsbruch im Mittelmeer zu beenden.[42]

Keine neuen Atombomber und schmutzigen Waffen-Deals

Eine weitere Protestaktion im Regierungsviertel ist dem Problemfeld „Rüstungspolitik“ gewidmet – einem Thema, über das auch verhandelt wird. Wie die taz berichtet, hat die von *Greenpeace* initi-ierte Aktion durch Ergebnisse einer Umfrage Rückenwind bekommen, die von der Organisation beim Institut Kantar in Auftrag gegeben wurde. Demnach hätten 76 Prozent der Befragten den Kauf neuer Flugzeuge abgelehnt, die das veraltete Arsenal der Tornado-Kampfjets ersetzen sollen und sich für Atomwaffeneinsätze eignen.

Bislang seien 20 US-Atombomben in Deutschland stationiert: „Im Ernstfall wäre es Aufgabe der Bundeswehr, diese mit ihren Tornado-Jets über feindliches Gebiet zu fliegen und abzuwerfen.“ Die Ampel-Parteien entscheiden nun darüber, wie künftig in der Nato mit dem Prinzip der nuklearen Teilhabe umgegangen werden soll. Hierzu legt die Befragung die Schlussfolgerung nahe,

42 Vgl. hierzu die ergänzenden Denkanstöße von Daniel Schulz in: Ignoranz und Resignation, taz 20./21.11.2021

dass sich Deutschland nach Ansicht einer deutlichen Mehrheit in der Bevölkerung nicht am Einsatz von Atomwaffen beteiligen soll.[43]

Aus einem weiteren Umfageergebnis geht hervor, dass die Anhänger*innen aller Ampel-Parteien mehrheitlich ein Rüstungsexportgesetz befürworten, in dem Waffenausfuhren in Staaten verboten werden, die Menschenrechte missachten. Nach Einschätzung von Alexander Lurz, des Abrüstungsexperten von Greenpeace, läuft dieses Befragungsergebnis auf einen klaren Appell hinaus:

„Die Ergebnisse sind ein Aufruf der Anhänger*innen an die Verhandler*innen, ein striktes Rüstungsexportgesetz im Koalitionsvertrag festzuschreiben. Nach 16 Jahren CDU-Blockade ist jetzt der Weg für einen konsequenten Aufbruch frei.“

43 Tobias Schulze, Deutsche wollen keine Atombomber, taz 20./21.11.2021.
Siehe auch Greenpeace, Bomben bringen keinen Frieden. Eigentlich darf Deutschland keine Atomwaffen besitzen. Aber in Büchel lagern trotzdem welche. Januar 2021

Anhang zur Thematik „Klimaschutz in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft“

Dokumente zum Sondierungsergebnis – Tabelle mit Einzelbewertungen

Fortschritt nur mit echtem Klima- und Naturschutz!

Appell der Umweltverbände BUND, Campact, Deutsche Umwelthilfe (DUH), Germanwatch, Greenpeace, NABU, WWF und DNR an SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Das 1,5-Grad-Limit ist der Maßstab für jegliche Klimapolitik in Deutschland. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bekennen sich zu diesem Ziel, alle drei Parteien haben im Wahlkampf in diesem Sinne mehr Klimaschutz versprochen. Das muss sich nun auch im Sondierungsergebnis spiegeln.

Die Wähler*innen haben das klimapolitische Weiter so abgewählt und erwarten deutlich mehr Ambition. Wenn die Ampelkoalition ein gemeinsames Fortschrittsprojekt werden soll, wenn sie einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise leisten will, müssen folgende Aspekte zwingend im Koalitionsvertrag verankert werden:

- Die verhandelnden Parteien müssen sich auf ein umfassendes und ambitioniertes Klimaschutz-Sofortprogramm für die ersten 100 Tage der neuen Legislaturperiode festlegen, das die Weiche auf Zielerreichung stellt.
- Eine 1,5-Grad-Orientierung der deutschen und europäischen Klima-, Energie-, Außen- und Außenwirtschaftspolitik muss gesichert werden.
- Die ambitionierte Gestaltung des Fit-for-55-Pakets der EU ist Voraussetzung dafür, dass die Ziele des Klimaschutzgesetzes eingehalten werden können.
- Es gilt, einen robusten Finanzrahmen für öffentliche Investitionen für den Klimaschutz von jährlich 50 Milliarden Euro verbindlich bereitzustellen und die Mittel für internationale Klimafinanzierung bis 2025 auf jährlich 10 Milliarden Euro zu erhöhen. Der Abbau von klima- und umweltschädlichen Subventionen kann hierfür einen wichtigen Beitrag leisten.
- Das deutsche Klimaziel für 2030 muss auf 70 Prozent erhöht, das Erreichen von Klimaneutralität noch vor 2045 als Ziel verankert werden.
- Das Erreichen der Sektorziele im Klimaschutzgesetz muss durch verbindliche Rahmensetzung gesichert werden, z.B. in einem neu zu schaffenden Klimaschutzministerium.
- Bis 2030 muss der Ökostromanteil in Deutschland bei mindestens 80 Prozent liegen, der Weg dorthin muss jetzt bereitet werden. Die energetische Nutzung von Bioenergien muss dabei begrenzt bleiben, weil ihre Nutzung sogar ökologisch kontraproduktiv sein kann.
- Der Kohleausstieg muss auf spätestens 2030 vorgezogen werden, die Neuzulassung von Verbrennungsmotoren bereits vor 2030 beendet werden.
- Die Inbetriebnahme der Pipeline Nord Stream 2 ist mit dem CO2-Budget nicht vereinbar und muss gestoppt werden.
- Es braucht geeignete Instrumente und finanzielle Ausstattung für die Dekarbonisierung der Industrie, um eine Umstellung auf eine nachhaltige Produktionsweise zu ermöglichen. Gleiches gilt für den Gebäudeenergiesektor.
- Zur Umsetzung dieser Ziele braucht es einen ausgewogenen Mix an politischen Maßnahmen, bestehend aus einer CO2-Bepreisung, Ordnungsrecht, Förderung und Infrastrukturinvestitionen.

Die sich beschleunigende Zerstörung von Natur (Biodiversitätskrise) ist neben der Klimakrise die zweite ökologische Menschheitsherausforderung. Damit die Weltnaturkonferenz 2022 in ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen mündet, muss die Bundesregierung dies zu einem Schwerpunkt ihrer G7-Präsidentschaft machen, wie sie es im Rahmen ihrer letzten Präsidentschaft 2015 beim Klimaschutz gemacht hat (Elmau). Aber auch in Deutschland muss die Bundesregierung den Naturschutz endlich zu einer Priorität machen.

- Um den Naturschutz endlich zuhause zu einer Priorität zu machen, braucht es für das Schutzgebietsmanagement und die Umsetzung der Naturschutzrichtlinien etwa eine Milliarde Euro mehr Mittel, für die zusätzlichen Renaturierungsanstrengungen weitere 500 Millionen Euro, zusammen also 1,5 Milliarden Euro mehr Mittel für den Naturschutz in Deutschland.

- Für den internationalen Naturschutz sind zusätzliche Mittel von 1,5 Milliarden Euro notwendig. Denn nur mit ausreichender internationaler Finanzierung wird ein verbindliches Weltnaturabkommen gelingen.

- Auch die Agrarpolitik braucht einen neuen Aufbruch, aufbauend auf den Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft. Die Regeln zur Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik müssen die Erreichung der Klimaziele, den Erhalt der Biodiversität und die Existenzsicherung der bäuerlichen Landwirtschaft ermöglichen. Die deutschen Umsetzungsregeln müssen im Einklang mit dem European Green Deal von der neuen Regierung beschlossen und nach Brüssel gemeldet werden; die noch amtierende Regierung darf hier keine Fakten schaffen.

- Landwirtschaft muss so aufgestellt werden, dass Klimaanpassung möglich wird und negative Klimaauswirkungen gesenkt werden. Dafür braucht es Förderung von Agrarökologie und systemischen Ansätzen statt vermeintliche Techno-Fixes und eine Moorschutzstrategie, die die Wiedervernässung von Mooren fördert, sowie eine Reduzierung der Tierbestände einhergehend mit einer Reduzierung des Konsums tierischer Produkte.

- Naturschutz wird nur gelingen, wenn wir den Ressourcenverbrauch effektiv drosseln. Rechtsverbindliche nationale und internationale Ressourcenschutzziele sind hierfür nötig.

Der Appell wird getragen von BUND, Campact, Deutscher Umwelthilfe (DUH), Germanwatch, Greenpeace, NABU, WWF Deutschland und dem Umweltdachverband Deutscher Naturschutzring (DNR).

Quelle: DNR Deutscher Naturschutzring, Gemeinsame Pressemitteilung am 14.10.2021

Stellungnahmen der Umweltverbände und Klimabewegung

Deutsche Umwelthilfe: Sondierungsergebnis von Ampel-Bündnis birgt „Licht, Schatten und besorgniserregend viele Fragezeichen beim Klimaschutz“, 15.10.2021

Geenpeace, Kommentar zum Ergebnis der Ampel-Sondierungen 15.10.2021

WWF, Auf Umwegen zum Ziel? 15.10.2021

NABU, Alles im Blick, Blog zur Bundestagswahl 18. und 22.10.2021

Umweltinstitut München, Das 'notwendige Maß' ist Null: Die Ampel-Koalition muss den Pestizid-Ausstieg beschließen 19.10.2021

BUND, Die Ampel muss liefern: IG Metall und BUND fordern zügige Mobilitätswende mit klaren Perspektiven für die Beschäftigten 22.10.2021

Susanne Schwarz, Ampel-Sondierer*innen wollen früheren Kohleausstieg. Klimareporter 15.10.2021

T-Online, 17.10.2021 Viele Fragen noch offen. Kritik an den Klimazielen in Ampel-Sondierungspapier
Nathanael Häfner, Klimaforderungen an neue Bundesregierung: Schneller und konsequenter Fridays for Future kritisiert die Sondierungsergebnisse zum Klima – und gibt Hausaufgaben. taz 20.10.2021

Campact Vorstand: Ampel: So wird das nichts!

Von Christoph Bautz

Ganz klar, das Sondierungspapier hat seine Stärken – etwa dieses Versprechen: „Wir sehen es als unsere zentrale gemeinsame Aufgabe, Deutschland auf den 1,5 Grad Pfad zu bringen […].“ Oder das Sofortprogramm, das endlich mehr Tempo beim Klimaschutz machen soll. Ein weiteres Plus ist, dass die drei Parteien die erneuerbaren Energien nach Jahren des Stillstands konsequent ausbauen wollen; hier wird der Text sehr konkret. Wertvoll auch die Zusage, die Klimaschutz-Pläne der Europäischen Union zu unterstützen.

Vage Absichtserklärungen, klaffende Leerstellen

Das war es dann jedoch. *Eindeutiger und klarer wird das Papier beim Klimaschutz leider nicht.* Der Rest: vage Absichtserklärungen, klaffende Leerstellen – und ein krasser Rückschritt.
Ziemlich schwammig etwa ist der Kohleausstieg. „Idealerweise” soll der auf 2030 vorgezogen werden. Eine klare Festlegung ist das nicht. Bei den Verbrenner-Autos geht es weiter: Statt ein endgültiges Aus vorzugeben, will die Ampel auf Vorgaben aus Europa warten und stiehlt sich so aus der Verantwortung.

Konkrete Zielvorgaben oder Maßnahmen? Fehlanzeige.

Bei den Leerstellen fällt auf, dass der CO2-Preis auf nationaler Ebene nicht einmal erwähnt wird.
Dabei ist er unverzichtbar, soll Deutschland rechtzeitig klimaneutral werden. Die Agrarwende einleiten und die
Landwirtschaft für mehr Klimaschutz und Artenvielfalt umbauen – dazu findet sich im Papier lediglich ein ambitionsloser Absatz. Konkrete Zielvorgaben oder Maßnahmen? Fehlanzeige.
Dann gibt es auch noch einen massiven Rückschritt, und zwar beim Klimaschutzgesetz. Die Parteien wollen die Durchsetzung der Klimaziele abschwächen – indem sie nicht mehr für jedes Jahr und jeden einzelnen Bereich wie Landwirtschaft, Energie oder Mobilität definiert werden. Dabei hatte die SPD die strenge Prüfung erst vor zwei Jahren durchgesetzt. Klimasünder wie Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) sollten sich nicht länger durchmogeln können, sondern Jahr für Jahr vorweisen, ob sie ihre Klimaziele einhalten – und gegebenenfalls nachsteuern müssen. Eine Regierung, die uns auf den 1,5-Grad-Pfad bringen will, könnte also den zentralen Erfolg der Klimabewegung unter der GroKo abräu-men. Weil sie fürchtet, die ohnehin viel zu niedrigen Ziele zu verfehlen und dann nicht gut dazustehen? Das darf nicht passieren.
Bleibt es bei diesem Ergebnis, versagt die Ampel beim Klimaschutz. Doch noch ist es nicht zu spät.

Während der Koalitionsverhandlungen können die drei Parteien die vagen Absichtserklärungen konkretisieren, die Leerstellen füllen und den Rückschritt streichen. Dafür müssen sich vor allem SPD und FDP bewegen. Beide haben im Wahlkampf weit mehr Klimaschutz versprochen, als nun im Sondierungspapier steht. SPD-Kandidat Olaf Scholz bewarb sich auf seinen Plakaten sogar als „Kanzler für Klimaschutz". Wenn er sich keine Lügen vorwerfen lassen will, muss er jetzt handeln.
Dabei geht es nicht darum, mehr Klimaschutz zu machen – es geht darum, genug Klimaschutz zu machen, um die größte Gefahr für die Menschheit abzuwenden. Der Auftrag an die nächste Bundesregierung ist klar: Sie soll die Warnungen der Wissenschaft ernst nehmen und endlich in konkretes politisches Handeln überführen. Indem sie ihr angekündigtes Sofortprogramm mit konkreten Punkten füllt, um schnell große Mengen CO2 einzusparen. Und mit weiteren Maßnahmen, die Deutschland wirklich auf einen 1,5-Grad-Pfad bringen.

In den nächsten Tagen und Wochen wird sich zeigen, ob SPD, Grüne und FDP – wie im Sondierungspapier versprochen – unser Land auf einen 1,5-Grad-Pfad führen und den Klimaschutz mit einem Sofortprogramm voranbringen. Dafür müssen sie sich auf diese Punkte einigen.

1. Kohleausstieg: Konsequent und belastbar

Die Kohle ist für einen großen Teil der CO2-Emissionen verantwortlich. Wer schnell Kraftwerke abschaltet, kann richtig viel einsparen.[44] Dafür muss die Ampel in dieser Legislaturperiode mindestens die Hälfte und bis 2030 alle Kraftwerke abschalten – verbunden mit einem CO2-Mindestpreis von 80 Euro und einem verbindlichen Ausstiegspfad.

2. Verkehrswende: Andere Antriebe reichen nicht

Wir brauchen das klare Aus für den Verbrenner bis 2030. Doch es darf nicht bei einer reinen Antriebswende bleiben, bei der Verbrennermotoren lediglich durch Elektroantriebe ersetzt werden. Wir benötigen eine echte Verkehrswende – also deutlich weniger Autos auf den Straßen, einen Stopp für neue Autobahnen, mehr Gestaltungsmöglichkeiten für Kommunen bei der lokalen Verkehrspolitik und mehr Geld für Bus und Bahn.

3. Bauwende: Nicht nur die Masse zählt

400.000 neue Wohnungen will die Ampel pro Jahr bauen. Wenn dies nur energieintensiv mit Stahl, Beton und Styropor geschieht, verhagelt dies die Klimabilanz. Heimische Rohstoffe wie Holz und ökologische Dämmstoffe sind gefragt. Zudem braucht es ein Verbot neuer Öl- und Gasheizungen und den konsequenten Umstieg auf erneuerbare Heizungssysteme.

4. Agrarwende: Die Leerstelle füllen

Die Landwirtschaft klimagerecht umbauen und gleichzeitig Artenvielfalt und Bäuer*innen mehr fördern – diese Aufgabe wartet auf SPD, Grüne und FDP. Dafür müssen sie die Milliarden an EU-

44 Die Journalistin Susanne Schwarz weist in ihrem Bericht Ampel-Sondierer*innen wollen früheren Kohleausstieg, Klimareporter 15.10.2021, darauf hin, dass aufgrund der Preisentwicklung im europäischen CO2-Emissionshandel "es für Energiekonzerne auch ganz ohne gesetzlichen Zwang unwirtschaftlich wird, die Kohlekraftwerke noch in den Dreißigerjahren zu betreiben. Eine gesetzliche Lösung könnte sogar den Nachteil mit sich bringen, dass neue Entschädigungszahlungen für die Kohlekonzerne fällig werden."

Agrarsubventionen umschichten und an höhere soziale und ökologische Standards binden, die Massentierhaltung stark reduzieren und ein Ende des Pestizideinsatzes auf unseren Feldern einleiten.

5. CO2-Preis: Es geht nur mit

Die Expert*innen sind sich einig: Ohne einen höheren CO2-Preis ist die Klimawende nicht zu schaffen. Damit sich wirklich etwas ändert, muss die Ampel ihn verdoppeln. Und gleichzeitig mehr soziale Gerechtigkeit schaffen. Ein Energiegeld könnte dafür sorgen, dass die Einnahmen aus dem CO2-Preis an alle Bürger*innen zurückfließen.

6. Geld: Ohne das läuft nichts

Viele wichtige Klimamaßnahmen, von einem attraktiven Nahverkehr über Ladesäulen für E-Autos bis zu Investitionen in die energetische Gebäudesanierung, kosten Geld. Um unsere Gesellschaft klimaneutral und modern zu machen, braucht es gewaltige Investitionen: jedes Jahr mindestens 50 Milliarden Euro zusätzlich. Diese muss die Ampel sicherstellen – auch, indem sie klimaschädliche Subventionen, etwa für Diesel, Flugbenzin oder Dienstwagen, abschafft.

Quelle: Campact Blog, 26.10.2021

Aufruf „Jetzt anpacken – die Zeit rennt“

An die Ampel-Verhandlungsführer*innen der SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und der FDP

Nur durch entschiedenes Handeln in den 2020er Jahren können wir die beiden größten Bedrohungen unserer Lebensgrundlagen noch aufhalten: die Biodiversitäts- und die Klimakrise. Alle Ampel-Parteien haben einen Aufbruch angekündigt und Hoffnung auf eine nachhaltige Politik für unser Land geweckt – für unsere Lebensgrundlagen, unsere Gesundheit und unsere Freiheit; für einen nachhaltigen Wohlstand.

1. den Erhalt der biologischen Vielfalt zu einer Priorität zu machen.

Eine echte Naturschutz-Offensive ist überfällig: Moore, Wälder, Gewässer müssen renaturiert, Schutzgebiete aufgewertet und ökologische Mindeststandards in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft durchgesetzt werden. Die EU-Agrarmilliarden müssen auch national im Sinne der Artenvielfalt, des Klimas und Umweltschutzes umverteilt und Landwirt:innen für ökologische Leistungen honoriert werden.

2. und einen Aufbruch beim Klimaschutz einzuleiten.

Das Bekenntnis im Sondierungspapier, unser Land auf einen 1,5-Grad-Pfad zu führen, ist wertvoll, aber ohne eine wirkungsvolle Umsetzungsstrategie ein frommer Wunsch. Dazu braucht es alle Hebel der Klimapolitik: eine sozial gerechte CO2-Bepreisung, verbindliches Ordnungsrecht, staatliche Investitionen und Anreize statt klimaschädlicher Subventionen. Schon in den ersten 100 Tagen benötigen wir eine Umsetzungsoffensive mit strukturellen Weichenstellungen für Klimaneutralität.

Die neue Bundesregierung muss das Klimaschutzgesetz mit seinen jahresscharfen Sektorzielen stärken und dem Klima-Expert:innenrat mehr Kompetenzen verleihen. Eine Aufweichung des Gesetzes wäre ein katastrophaler Fehlstart.

Quelle: WWF, Jetzt anpacken – die Zeit rennt, Berlin, 3.11.2021

Tabelle mit Einzelbewertungen

In der Übersicht auf der folgenden Seite wird ein Großteil einzelner Aussagen im Sondierungspapier (S.2 ff.) wiedergegeben. Dies ermöglicht, sich die dazu vorhandene Zustimmung oder Ablehnung vor Augen zu führen. Zu diesem Zweck sind die im Sondierungspapier präsentierten Zielsetzungen, die überwiegend auf Zustimmung gestoßen sind, mit „+“ gekennzeichnet, diejenigen, denen nur zum Teil oder unter starken Vorbehalten zugestimmt wurde, mit „+/-“ markiert und all jene Zielsetzungen, die zurückgewiesen wurden, mit „-“ hervorgehoben.
Die Bewertungen basieren auf verschiedenen Aussagen in den hier dokumentierten Quellen. Häufig sind die Bewertungen „+/-“ oder „-“ auch bei zu vagen oder zu unverbindlich formulierten Ankündigungen vorgenommen worden.

+ „Deutschland auf den 1,5 Grad des Pariser Klimavertrags bringen“

+/- die „Einhaltung der Klimaziele sektorübergreifend und in einer mehrjährigen Gesamtrechnung überprüfen“

+ „den Ausbau der Erneuerbaren Energien“ „drastisch beschleunigen und dezentral stärken“

+/- zu diesem Zweck „die Planungs- und Genehmigungsverfahren erheblich beschleunigen“,

+/- Solarenergie für Dachflächen bei gewerblichen Neubauten verbindlich, bei privaten Neubauten zur Regel machen

+/- ein „beschleunigter Ausstieg aus der Kohleverstromung idealerweise bis 2030“

- dies zugleich durch „Errichtung neuer Gaskraftwerke“ ermöglichen, die sich später auf klimaneutrale Gase umstellen lassen

+ geplante Strukturhilfen für die Kohleregionen vorziehen

+ „das Brennstoffemissionshandelsgesetz und den europäischen Emissionshandel im Sinne des EU-Programms ‚Fit for 55‘ überarbeiten“

+ „die Finanzierung der EEG-Umlage über den Strompreis so schnell wie möglich beenden, um Stromkosten für private Haushalte und Betriebe zu senken“

+/- „gemäß den Vorschlägen der EU-Kommission im Verkehrsbereich ab 2035 nur noch CO2-neutrale Fahrzeuge zulassen“

- „außerhalb des bestehenden Systems der Flottengrenzwerte nur mit E-Fuels betankbare Fahrzeuge“ genehmigen

+ „Deutschland zum Leitmarkt für Elektromobilität machen und den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur massiv beschleunigen“

- kein „generelles Tempolimit“

+/- intelligente Systemlösungen für den Individualverkehr und ÖPNV unterstützen

+/- die Landwirtschaft auf „einen nachhaltigen, umwelt- und naturverträglichen Pfad“ bringen

+ ein „langfristig auskömmliches Einkommen für die Landwirt*innen sichern

+ „Nutztierhaltung tiergerecht umbauen“ und „mit einer Haltungskennzeichnung für Transparenz beim Einkaufen sorgen“

- „den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf das notwendige Maß beschränken“

+/- „zusätzliche Haushaltsspielräume“ durch Überprüfung „überflüssiger und unwirksamer, umwelt- und klimaschädlicher Subventionen und Abgaben gewinnen“